

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.00. Erhöhter Satz mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Jungfernstieg 21. A. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Jungfernstieg 21. Telefon 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Inseratensätze 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 14.

Dresden, Dienstag den 19. Januar 1909.

20. Jahrg.

Die Bluttaufe des Pluralwahlrechts.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Die hürnischen Ereignisse, die sich am letzten Sonntag in den Straßen der Dresdner Altstadt abspielten, reichen an Bedeutung bis weit über die Grenzen des sächsischen Königreichs hinaus. Denn mit den Dresdner Demonstrationen hat die arbeitende Bevölkerung den Kampf gegen einen neuen Feind aufgenommen, der ihr noch viel zu schaffen geben wird. Das sächsisch-preussische Dreiklassenwahlrecht liegt im Sterben, aber ein neues gefährliches Wahlrecht ist im Begriffe, sich an seine Stelle zu setzen.

Das sogenannte Pluralwahlrecht hat seinen Herd in Belgien, es ist eine Erfindung der industriellen Bourgeoisie, die den Einfluß der arbeitenden Massen auf die Gesetzgebung fürchtet und ihn durch ein kompliziertes System der Rechteverfälschung zu unterdrücken sucht. Es ist kein Zufall, daß dieses Pluralwahlrecht, das in einem ausgesprochenen Industriestaat zuerst eingeführt wurde, jetzt in Sachsen, also wieder in einem hochindustriellen Lande, zur Anwendung gelangen soll — allerdings hier in einer Form, der gegenüber der belgische Pluralproportz immer noch als ein Muster der Gerechtigkeit erscheinen könnte. Zwischen Belgien und Sachsen aber liegt Preußen, und hier sind die Nationalliberalen eifrig am Werke, um auch da werden zu lassen, was in Belgien ist und was jetzt in Sachsen werden soll. Der Einfluß dieser „Pluralwahlrechtsbewegung“, wenn von einer solchen gesprochen werden kann, macht sich bereits bis nach Ungarn bemerkbar, auch dort soll die gegen ein schändliches Jesuswahlrecht kämpfende Arbeiterschaft nach belgisch-sächsischer Methode um die Priester ihres Kampfes betrogen werden.

So plant sich das Uebel von Staat zu Staat fort und droht Europa in zwei Teile zu spalten, einen westlichen, in dem die demokratische Entwicklung zu den letzten Zielen der Arbeiterbewegung in friedlich-geordneten Bahnen verlaufen kann, und einen östlichen, in dem der unermessliche Kampf der Klassen durch das gewalttätige Umdrehen der Bestehen den nicht bloß an Intensität des sächsischen Gegenlaufes, sondern auch an Schärfe der äußeren Formen ständig zunimmt.

In einem Augenblick von hoher geschichtlicher Bedeutung setzen sich die Dresdner Vorgänge ein, und sie wirken wie ein heiliges Öl auf die Arbeiterklasse, daß sie keineswegs gewillt sei, das kommende Uebel blind und geduldig zu ertragen. Die Nationalliberalen rechnen falsch, wenn sie glauben, daß Wahlreformen nach Art der sächsischen geeignet seien, beruhigend auf die Bevölkerung zu wirken, daß sie im Lande als ein Fortschritt empfunden würden. Ganz im Gegenteil muß es die höchste Erbitterung der Arbeiter wecken, wenn die Mühe, die sie daran gemeldet, die Opfer, die sie daran gesetzt, ja selbst das Blut, das sie vergossen, um das alte Wahlrecht zu beseitigen, wenn das alles nur dazu dienen soll, die Interessen der Großindustriellen gegenüber denen der Großgrundbesitzer und Bäuerlein ein wenig weiter in den Vordergrund zu schieben, während die breiten Massen nach wie vor entrechtet bleiben.

Der 17. Januar, der rote Dresdner Wahlrechts Sonntag, hat gezeigt, daß das Pluralwahlrecht ebensowenig wie das alte Dreiklassenwahlrecht zu bestehen vermag, ohne an die Schärfe des Volkshasses zu appellieren. Das ist eine Tatsache, die in den Büchern der Geschichte verzeichnet bleibt und weit in Zeit und Raum hinaus weiterwirkt. Man will Sachsen mit einem nationalliberalen Wahlrecht beglücken, aber man muß den Bürgern der sächsischen Hauptstadt erst die Schädler einschlagen, ehe man so weit gelangen kann.

Kein Zweifel: die herrschenden Klassen trennen sich im höchsten Maße, wenn sie glauben, daß sie mit einem infamen Pluralwahlrechtssystem eher „Ruhe haben“ werden als mit einem Dreiklassenwahlrecht!

Die Rufenhebung der Guillotine.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. r. Paris, den 18. Januar.

Die Guillotine war tot, moralisch wenn auch nicht juristisch tot. Seit drei Jahren wurde die Todesstrafe zwar über von den Gerichten verhängt, aber nicht vollzogen. Die Kammer wollte das Schwertrecht und Schloßbudget nicht bewilligen. Jollidres mußte sein Begnadigungsgesuch zurückziehen. Andere Länder kennen die Verhältnisse, unter denen die große Mehrheit der Kammer und eine Mehrheit der Nationalen die Guillotine außer Kraft gesetzt. Die Todesstrafe wieder einzuführen. Die öffentliche und völkische Reaktion begründet die Wiedererrichtung der Guillotine mit Jubel. Einzelne radikale Ideologen und die ganze sozialistische Partei bekämpfen sie aus ideologischen und die ganze republikanische Partei bekämpfen sie aus ideologischen. Sie unterlagen der Angst der verbildeten und irreführten Massen und der Feigheit der führenden Geister des Bürgertums.

Man handelt es sich darum, den Gesetzesbuchstaben in Lebenskraft zu verwirklichen. Die Sache ging nicht so leicht vonstatten. Während die Guillotine herrte, taus sich die beträchtliche Zahl von 22 Todesurteilen angedeutet. Unter den Verurteilten waren solche, die länger als ein halbes Jahr auf die Entscheidung über das Schicksal ihres Lebens warteten. Unter den Verurteilten befanden sich die Brüder Bollet, die Führer einer Arbeiterbande aus dem Norden, die 180 Verbrechen auf ihrem Gewissen hatten.

Ganze Familien wurden von ihnen gemacht. Die Straftaten sind grausam. Kein Wunder, daß die Bevölkerung, die dazu von

der kapitalistischen gelben Presse in allen ihren Vorurteilen betrügt wurde, fürmlich das „abstrakte“ Beispiel forderte. Die Regierung war in einer großen Verlegenheit. Unter dem Druck dieses hiesigen Reiches für getan, als er eine Kammerrede zugunsten der Abschaffung der Todesstrafe hielt. Er hat dabei gar nichts riskiert. Nachdem er seine „Selbstent“ vollbracht, beehrte er sich, in die unheimliche bürgerliche Wirklichkeit zurückzukommen. Er erinnerte sich schnell seiner Ministerpflichten. Die Kammer habe votiert. Er habe sich als vollziehender Justizminister zu fügen. Clemenceau lächelte, war weiß aus welchen Gründen, anderer Ansicht zu sein. Die Hauptrolle war, den Präsidenten der Republik, der das unbeschränkte Begnadigungsrecht hat, auf irgendeine Weise gegen einen allzu ausgiebigen Gebrauch dieses Rechts zu beeinflussen. Möglicherweise wählte sogar der Präsident, dessen Nebenamt gewiss nicht überschätzt werden darf, daß man ihm etwas „Gewalt antue“. Manche, die die inneren Verhältnisse des Regierungsladens kennen, vermuten, daß das Schicksal der Verurteilten, wie zu den schlimmsten Zeiten des perulischen Regiments, von Ministerintrigen abhängt.

Briand hat durch die Annaherung der wegen des Gemeindefeld in Willemst. St. Georges Verhafteten keinen Ruf in der Presse wieder etwas nachgeholfen. Auch Clemenceau wollte sich im Scheine des Edelmanns seinen Ministerkollegen Briand in den Hintergrund treten lassen und zugleich das Odium der Verantwortung für die Aufhebung der Guillotine auf ihn abwälzen. Das ist alles höchst wahrscheinlich und illustriert nur die „demokratischen“ Sitten des französischen regierenden Sozialparteiismus.

Man bedachte nach langem Hin- und Herreden, die Gebrüder Joffe und noch einige der schimmlichen Verbrüder den Freunden der Todesstrafe zu opfern. Hier Verbrüder sollten zu gleicher Zeit in Belgien, im nächsten Departement Pas de Calais, ihre Verbrechen mit dem Tode sühnen.

Das Wiederankommen der Guillotine wurde fast zu einem nationalen Ereignis. Hunderte von Journalisten begaben sich nach Beluene. Tausende von Zuschauern strömten aus den benachbarten Ortschaften dorthin. Die Nacht, die der Hinrichtung der vier Verbrüder vorkam, wurde mit Gelang, Lang und blutdürftigem Radausgeschrei verbracht. Das Verhalten der Menge hat die eifrigsten Anhänger der Todesstrafe angeleitet. Die Hinrichtung selbst, die von Tausenden förmlich beobachtet wurde, artete in eine große Schänderei aus. Der Scharfrichter Deibler, der Staatsbeamter mit 14 000 Front jährllichem Gehalt, der einst die größte Mähe hatte, eine Wohnung zu finden, wurde als Ketzer und Verräter von der Menge gezelet. Zum ersten Male in seinem Leben genoh er die Freude der Popularität, indem ihm der Ruf: „Es lebe Deibler!“ entgegenfiel. Sogar „vernünftige“ Damen wohnten diesem Bluffe der geistlichen Rede bei. Die Einzelheiten, auf die wir nicht eingehen können und auch nicht eingehen wollen, erregten einen solchen Abscheu, daß fast die ganze bürgerliche Presse wenigstens den Ausschluss der Öffentlichkeit für Hinrichtungen forderte.

Ein Gesetzentwurf in diesem Sinne wurde bereits der Kammer vorgelegt.

Man kann das Verhalten der unwissenden und durch die kapitalistische Presse irreführten Massen bis zu einem gewissen Grade begreifen. Die Masse ließ sich durch ein Gefühl primitiver „Gerechtigkeit“, die die Sühne für den Tod durch den Tod verlangt, durch Schwärzen und Furcht irreführen. Über die totalen bürgerlichen Verhältnisse, die sich als Freiender und Bestimmten gebären, haben gegen besseres Wissen und aus Feigheit die alle republikanische Opposition gegen die Todesstrafe aufgegeben. Sie haben die oft zitierten Worte Quetelets, des Begründers der Moraltheorie von „Ubel des Verbrechen“ unter bestimmten sozialen Verhältnissen, von der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit, von rationalen Mitteln der Bekämpfung des Verbrechertums verdrängt und veralten. Statt Wegweiser des Volkes zu sein, erniedrigten sie sich zu Schöpern verhängnisvoller Massenmorde.

In einem Lande wurde so leben, so begeistert für die Abschaffung der Todesstrafe gekämpft wie im revolutionären Frankreich des 19. Jahrhunderts. Und dem 20. Jahrhundert ist es beizulegen, die Aufhebung der Guillotine zu sehen und zwar unter einer radikalen, sozialistischen Regierung. Man kann daher ohne jedes Unterbreitung von einem moralischen Bankrott des radikalen Bürgertums sprechen. Sein ehrlicher und anfänglicher Teil muß in das sozialdemokratische Lager kommen, wenn er nicht von Schmutz und Blut besetzt sein will.

Deutsches Reich.

Justizdebatte im Reichstag.

Von einer guten Rede des Abg. Heine abgesehen, der am Halle Eulenburg und zahlreichen anderen Fällen erneut den Klassencharakter unserer Justiz nachwies und auf die zahlreichen reaktionären Fußhangeln aufmerksam machte, die unter den liberalen Blutblumen der geplanten Strafprozessreform verborgen liegen, verließ der erste Tag der Justizdebatte im Reichstag matt und stimmungstlos. Viel trug dazu bei, daß der ewige Staatsstetretär Rieberding noch um einige Nuancen langweiliger, unverständlicher und ungenießbarer war als sonst. Und das will viel sagen. Ein paar Hentrumsredner regten sich künstlich über angelegte Unfittlichkeiten auf und taten so, als ob wir im Zeitalter des Papstes Alexander VI. lebten. Nur wenig setzte, daß die ultramontanen Herren den Scheiterhaufen für Ehebrecher und Homosexuelle forderten. Der Nationalliberale Heine leistete in seinen Ausführungen über die wachsende soziale Einsicht des Richters „einen letzten Strichchen Schmelzwerke“. Beilich, der Landgerichtsdirektor wird doch seinen Verurteilten nicht zu nahe treten; und im übrigen ist es ja echt nationalliberal, die kleinen Besserungen durch das Vergrößerungsglas und die schlimmsten Uebelstände durch das Verkleinerungsglas zu betrachten. Die Rede des Freisinnigen Klabig ging in Einzelheiten unter, wenn auch vieles, was er sagte, zutreffend war. Früher als sonst vertagte das Haus die Weiterberatung auf den folgenden Tag.

Die Wahlrechtsfrage im preussischen Abgeordnetenhause.

Am 25. Januar, das ist am nächsten Sonntag, sollen endlich die auf Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts abzielenden Anträge im preussischen Abgeordnetenhause zur Beratung gelangen. Die grundsätzliche Bedeutung der Wahlrechtsfrage bringt es naturgemäß mit sich, daß auch schon in der Etatsdebate, die jetzt im preussischen Abgeordnetenhause im Gange ist, das Wahlrechtsproblem nicht unberührt bleiben kann. Gleich der erste Redner, der konterpointos Herr von Pappenheim, machte zu diesem Gegenstande einige Bemerkungen. Er „beweist“ die Reformbedürftigkeit des Dreiklassenwahlrechts, will aber die Vorkläge der Regierung „abwarten“. Selbstverständlich ist es, daß er die Aufhebung der Regierung, daß das Wahlrecht nach Weis, Bildung und Verantwortungsgesicht abgesehen werden soll, zu Angriffen auf das Reichstagswahlrecht ausnutzt. Er hat dadurch den Vorzug der größeren Konsequenz vor den Nationalliberalen, die das Reichstagswahlrecht „nicht antasten“, von seiner Einführung in Preußen aber „absehen“ wollen. Sehr richtig hebt der nationalliberale Professor Friedberg hervor, daß nichts mehr geeignet ist, revolutionäre Stimmungen zu fördern, als die Aufrechterhaltung eines unhaltbar gewordenen Wahlrechts; dabei überläßt er nur, daß das nationalliberale Pluralwahlrecht von dem Tage ab, an dem es etwa zur Einführung gelangen könnte, ebenso unhaltbar sein wird, wie das Dreiklassenwahlrecht, daß keine einzige Wirkung somit die sein kann, daß der Stimmungsprozess in den Rollen ganz erheblich beschleunigt wird.

Kapitalistische Entwicklung in Ostpreußen.

Das Organ des Verbandes ostpreussischer Industrieller teilt in seiner letzten Nummer folgende beachtenswerten Zahlen zur Entwicklung der östlichen Industrie mit. Daß die Industrie der Provinzen Ostpreußen und Posen sich trotz der großen Schwierigkeiten und Hindernisse, mit denen sie zu kämpfen hat, und trotz gewisser Mißerfolge und Rückschläge stets weiter entwickelt, ist eine unauflösbare Tatsache. Nicht deutlich tritt diese Erscheinung bei einem Vergleich der Ergebnisse der drei letzten Verfassungen von 1882 bis 1907 hervor. Danach hat sich die Zahl der in der östlichen Industrie beschäftigten Personen erheblich vermehrt. Folgende Beispiele, die wir amtlichen Feststellungen entnehmen, beweisen dies zur Genüge. Es stieg die Zahl der in Betracht kommenden Personen:

- in der Industrie der Steine und Erden von 18 532 auf 38 660,
- in der Metallverarbeitung von 23 385 auf 31 613,
- in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate von 19 718 auf 41 301,
- in der chemischen Industrie von 1979 auf 3835,
- in der Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle, Firnisse von 1841 auf 3595,
- in der Papierindustrie von 2012 (im Jahre 1895) auf 5511,
- in der Industrie der Holz- und Schnitzarbeiten von 28 319 auf 49 452,
- in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel von 53 174 auf 80 643,
- im Baugewerbe von 33 665 auf 101 282,
- in den polygraphischen Gewerben von 2219 auf 6445.

Die größte Zunahme gewahren wir im Baugewerbe; doch können wir es, wiewohl es zahlreiche Großbetriebe zählt, nicht zur eigentlichen Industrie rechnen. In dieser hat also hauptsächlich die Industrie der Steine und Erden, die Metallverarbeitung, die Maschinenindustrie, zu der auch der Schiffbau gehört, die Holzindustrie und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel zugenommen. Eine Abnahme hat nur in der Gruppe Bergbau usw. und vor allem in der Textilindustrie stattgefunden. Diese vier früher in den östlichen Provinzen eine große Menge von Kleinbetrieben auf, so gab es im Osten zahlreiche Streichwaren- und Wollspinnereien, Strumpfwirbereien, Garnspinnereien und Färbereien, vor allem viele Webereien. Diese Betriebe sind jedoch fast alle eingegangen, weil sie gegen die Großindustrie, wie sie an anderen Gegenden Deutschlands entstanden ist, nicht aufkommen konnten.

Subvention für den Norddeutschen Lloyd.

In der vorigen Session des Reichstags hatte die Regierung eine Vorlage eingebracht, wonach dem Norddeutschen Lloyd eine jährliche Subvention von 500 000 M. gezahlt werden sollte für Erweiterung der Post-Dampfschiffverbindungen mit Ostasien und Australien durch Einrichtung einer vierwöchentlichen Verbindung zwischen dem Schußgebiete Neu-Guinea, Japan und Australien. Der Reichstag hat damals nur 230 000 M. bewilligt.

Nun ist ihm abermals eine Vorlage zugegangen, wonach die 500 000 M. in dieser Session bewilligt werden sollen. Der Norddeutsche Lloyd hatte den bestehenden Vertrag nur bis 1. April 1909 verlängert und droht nun, die Linie nach Hongkong eingehen und die andere nur achtwöchentlich befahren zu wollen. Der Lloyd begründet sein Verlangen damit, daß er in erster Linie eine Erwerbsgesellschaft sei und in zweiter eine Aktionäre ausgerichtet ist, in so ferneren Seiten verlustbringende Linien weiterzuführen. Die Regierung stützt sich auf das Material, das ihr der Norddeutsche Lloyd unterbreitet hat und verlangt vom Reichstage, daß er die 500 000 M. bewilligen solle.

Die Gründe, die im vorigen Jahre für Ablehnung dieses Antragens sprachen, bestehen auch heute noch, so daß nicht zu erwarten ist, wie der Reichstag dazu kommen sollte, jetzt eine andere Stellung einzunehmen, um den Profit der Aktionäre des Norddeutschen Lloyd zu erhöhen.

Der Held der Schlingaffäre.
Aus Schleswig wird berichtet, daß dem dortigen Regierungspräsidenten v. Dolega-Rozterowski zum 1. März der Abschied erteilt und zu seinem Nachfolger der Regierungspräsident Fiedler in Urst, früher Landrat in Schleswig, ernannt worden ist.

So widersfährt den Wünschen im Freisinnlager „grobes Heil“. Zwar wurde Schilling zur Strede gebracht, aber auch der Regierungspräsident wurde gegangen. So flucht noch Die auf freisinnige Bornedwogen, die sich längst schon bekündigt zeigen.

Germanisierungsmethoden in Nordhildeswig.
Die Auflösung einer vom dänischen Vorkriegsverein für Flensburg und Umgebung nach Vatsburg einberufenen Versammlung ist nicht ohne einige Merkmal, daß in Nordhildeswig erneut eine Gewaltthat vorkam. In dieser Versammlung hatte sich auch der Gemeindevorsteher Gregorius als Besucher eingeschrieben. Er hat nun vom Landrat folgendes Schreiben erhalten:

„Es ist sehr zu wünschen, daß Sie an der Versammlung teilgenommen haben, so würde ich Sie, angehäumt Ihre sämtlichen Kommitteedirektoren.“

Gregorius war stellvertretender Vorsitzender und Landeskomitee.

Mit solchen feindseligen Maßnahmen wird der Zweck, die Germanisierung in Nordhildeswig zu brechen, in der Praxis zu vereiteln, kaum erreicht werden.

Weibliche Erziehung.
In der Begründung des Urteils gegen den „Hausvater“ Colander der Erziehungsanstalt „Waldheide Wittenberg“, das wir bereits mitgeteilt haben, heißt es: Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er nicht nur Forderungen, sondern auch gefährliche Körperverletzungen und Kitzlungen seinen Schülern gegenüber begangen hat. Es fragt sich nun in rechtlicher Beziehung: sollte der Angeklagte ein Erziehungsrecht haben? Diese Frage ist zu verneinen. Ein Erziehungsrecht hat nur Eltern, Vormünder, Lehrer u. s. w. Es fragt sich ferner: war der Angeklagte über die Forderungen zu Forderungen orientiert? Diese Frage ist bejaht worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte ein Erziehungsrecht hatte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte ein Erziehungsrecht hatte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte ein Erziehungsrecht hatte.

Preussische „Sparsamkeit“.
Die so überaus reichhaltige Sparsamkeit, die von jetzt an im Reichs- und im Staatshaushalt einzutreten soll, hat man dieser Tage wieder einmal ganz anders acht gegeben. Bei dem preussischen Ordensteil sind am letzten Sonntag 3959 Orden und Ehrenzeichen verliehen worden, mehr als in den früheren Jahren. Für die Anschaffung dieser Dinge stehen im preussischen Etat 220 000 M. zur Verfügung. Einzelne Orden sind außerordentlich teuer; so kostet der Schwarze Adlerorden mit Brillanten 6000 M., ohne Brillanten 2400 M. Andere Orden sind natürlich erheblich billiger, so kostet der Kronenorden 4. Klasse nur 22 M., der Rote Adlerorden 4. Klasse gar nur 10 M. Die Medaillen und sonstigen Ehrenzeichen kosten 4 bis 15 M. Teilweise sind die Orden allerdings schon getragen; dies ist möglich, wenn der Inhaber stirbt, wieder abgelegt werden und werden dann neu angekauft. Dabei soll es vorkommen, daß die Angehörigen nicht den echten Orden erhalten, sondern eine beim Juwelier gekaufte Imitation. Wir erwähnen die Sache nur, weil sie beweist, wo und wie „gespart“ wird.

Aus einem Jankerparadies.
In der Kolonialzeitung „entwird ein Herr Brandt-Kreuzer eine Schilderung des Jagdparadieses in Westfalen:

„Wie Jagd ist größtenteils, ständisches oder ritzenhaftes Eigentum. Die vielen bäuerlichen Wälder haben nur den Wildschaden, nicht den Wilderwerb. Ja, aber der Wildschaden wird doch auf Antrag erledigt? Stimmt, aber nur zum Teil. Die Wildschäden, die seit 1872 vererbt sind, haben in ihrem Erbanspruch den Jagdrecht. Wildschaden findet in keinem Falle Ertrag.“ Alle entgegenstehenden Reichs- und Landesgesetze werden durch diesen Paragraphen aufgehoben. Der Jagdrecht ist nicht, wenn es keinen Jagd, Krebs usw. auf der Saat des Bauers so vorzüglich schmeckt. Spinnat aber einmal eine Kuh des Erbparadieses, Wälder, Gärten über den Jagdparadies, so kommt unweilbar ein Strafmandat. Rast nun gar der bäuerliche Wälder seinen Hund auf das Wild los, es zu verschlingen, so ist er erst recht „der Leibel los“. Wälder ohne Wälder hat schon diesen Jagd mit dem Tode führen müssen. Ja, es ist nicht einmal erlaubt, daß ein Hund frei auf dem Felde seines Herrn umherspaziert, oder daß er die Leute zur Arbeit aus dem Felde begleitet. In letzterem Falle kommt sicher ein Strafmandat, in ersterem wird der Hund einfach niedergebittet. Das Wild hat also mehr Rechte auf dem Felde des Erbparadieses, als ein eigenes Vieh.“

Die Reichstags-Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise.
Vom 2. bis 4. März wurde die Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise durchgeführt, die durch die Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise durchgeführt wurde, die durch die Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise durchgeführt wurde.

Das Marokko-Verbot.
Staatssekretär v. Schön hat im Dezember dem Reichstag berichtet, daß ihm während der Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise berichtet wurde, daß ihm während der Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise berichtet wurde.

Die Endamproben.
Von den Steuerproben des Herrn Endamproben, die durch die Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise durchgeführt wurden, die durch die Wahlwahl im 6. hannoverschen Wahlkreise durchgeführt wurden.

Militärjustiz.
Zu 5 Jahren Sachstand verurteilt das Krieggericht in Koblenz einen 54-jährigen Gärtner, der seit 1875 wiederholt desertiert und idealen bestraft ist. Zuletzt desertierte er 1891, wofür er jetzt die höchste Strafe erhielt.

Neue politische Nachrichten.
Aus London wird berichtet: Kriegsminister Salisbury hielt am Montag in Kallier eine Rede, in der er ausführte, Großbritannien habe die Führung übernommen in dem Streben, die Angelegenheiten für die Nationen zu vermitteln. Solange die Nationen jedoch nicht zu der Erkenntnis gekommen seien, daß die gewöhnlichen Ausgaben im Interesse des Friedens und sozialer Reformen wohl herabgesetzt werden könnten, sei es unmöglich, die

Vorbereitungen zur Verteidigung des Landes zu vernachlässigen. — Als sich der Abg. Willeit in der Montag-Sitzung des Reichstages über den Antrag des Reichstages gegen die Marokko-Interpellation äußerte, beschloß das Haus mit 128 gegen 75 Stimmen, Willeit das Wort zu erteilen. — Der oberste Bundesgerichtshof in Weimar beschloß die Entscheidung der Beschwerde in Bezug auf die Firma Pierre Del Company in St. Louis zu 162 800 Dollar Strafe verurteilt und von dem Staatsbrot von Texas wegen Verletzung des dortigen Antitrustgesetzes ausgeschlossen wird.

Ausland.

Frankreich.

Die Marokko-Interpellationen.
Paris, 18. Januar. Deputiertenkammer. Nach Annahme der Vorlage über einen Ergänzungskredit von 600 000 Franc zur Unterstützung der Arbeitslosen, die unter Umständen zu leiden haben, lehnte die Kammer die Interpellation wegen Marokko ab.

Jaurès sprach die Befürchtung aus, die verlässliche Haltung und Unerschrockenheit Frankreichs in Marokko, um eine Veränderung zwischen Frankreich und Deutschland zu erleichtern, könne sich an der feindseligen Diplomatie leitender Kreise in Deutschland, und ein deutsch-englischer Konflikt, der von einer Seite als unvermeidlich bezeichnet werde, mache alle Friedenshoffnungen zunichte. Jaurès stellte dann fest, daß die Regelung des ägyptischen Zwischensalles von Calocaban auf einem Wege des Schiedsgerichtsverfahrens verhandelt habe. Beide Länder hätten noch ganz kürzlich für eine friedliche Erledigung der Balkanfrage zusammengearbeitet.

Jaurès sprach seine Freude darüber aus, daß Tschanel für eine französisch-deutsche Vermittlung zur Lösung der Orientfrage eingetreten sei. Das französische und das deutsche Protektorat hätten nicht mehr allein mit dem Wunsch nach einer Annäherung der beiden Länder, die bei der nicht konkurrenzfähigen Diplomatie Hindernisse gefunden habe, die die französische Diplomatie nicht vorzuziehen, und eben bei der Presse beider Länder, die die moralischen Zwischensfälle verhandelt. Das französische Protektorat, die beiden Länder zu verbinden. Der schwerste Fehler Deutschlands in den letzten 37 Jahren sei gewesen, bei dem Zwischenfall von Calocaban eine Note abzugeben zu haben, die vielleicht einem Ultimatum ähnlich wäre. Im Calocabanfall habe Frankreich die Meinung der Völker für sich gehabt. Ein Ultimatum hätte Frankreich keine Freude gemacht und daher habe sich, als Protektor Schiemann von der Angelegenheit gesprochen habe, Frankreich als Geisel annehmen zu fordern, bereit, den letzten Schritt ihres letzten Wagnisses zu setzen. Da aber wegen der Gleichheit ihrer Kräfte weder Deutschland noch Frankreich etwas von einander zu fordern hätten, könnten sie ohne weiteres den Weg der Annäherung betreten. England werde darüber nicht aufgebracht sein, denn es würde das Ende der Zweideutigkeiten.

Jaurès kam dann auf den Bericht von Gautens zurück, von dem er am Freitag gesprochen habe, und veranlaßte, daß der Minister genaue Angaben machen solle über die zukünftige Einrichtung der französisch-marokkanischen Posten in der Gegend von Muluja. Redner behauptete, daß der General Bugeaud abgereist sei, um mit Muluja Hilfe zu verhandeln, ohne daß die Kammer diese Informationen gehabt hätte. Zum Schluß beklagte Jaurès die sehr großen Rüstungen jamaikanischer Länder. (Beifall auf der anderen Seite.)

Denn Cochon erklärte, er glaube nicht, daß die Lage in Europa gefahrlos, an eine Annäherung Frankreichs und Deutschlands zu denken. Frankreich müsse im Orient, wie es dies Jahrhundert lang getan habe, die Christen und Mohammedaner bekämpfen. Denn Cochon warf der Regierung vor, daß sie Willkür für Marokko voraussetze und Menschen kriegsgefangen habe, ohne es verstanden zu haben, eine Partei zu ergreifen; er verheißte nicht den Gehorsam der Neutralität der Regierung. Es sei unheimlich gewesen, daß Befehle aus Paris die französischen Offiziere aufgehalten hätten, die bereits den Sieg in den Händen hätten.

Minister Pichon erklärte sich als Anhänger des Schiedsgerichts, dank dessen der gesunde Menschenverstand kürzlich gesetzt habe. Frankreich habe der Anarchie in Marokko ein Ende gemacht. Die Annäherungen über die allgemeine Grenze seien durchgeführt worden. Muluja Hofed habe verprochen, die internationalen Uebereinkommen zu erfüllen. Der General Bugeaud werde in drei Tagen seine Schritte unternehmen, die die Integrität Marokkos in Frage stellen könnten. Bugeaud werde sich auch mit dem Sultan wegen der von Marokko an Frankreich zu zahlenden Entschädigungsumme verständigen. Bugeaud sprach dann die Hoffnung aus, daß die Regierung Muluja Hofed stark genug sein werde, um die Wiederkehr der Laibachen zu vermeiden, die die Intervention Frankreichs herbeigeführt hätten. Europa erkenne einmütig die wirksame Wirkung an, die Frankreich dem Werte der Friedensstiftung leiste. Seine besondere Huldigung brachte Pichon den Freunden und Verbündeten Frankreichs dar, besonders England und Italien. (Beifall auf der anderen Seite.)

Darauf nahm die Kammer mit 380 gegen 98 Stimmen eine Tagesordnung an, worin die Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird und bewilligt die Ergänzungskredite für Marokko mit 459 gegen 67 Stimmen.

Italien.

Ein Schandurteil.
Id. Die Redaktion des antimilitaristischen Wochenblattes La Pace (Der Friede), die Syndikalisten Fanuzzi, ist vor dem Gericht von Genoa wegen zweier antimilitaristischer Artikel zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren verurteilt worden. In den letzten Jahren ist bei den italienischen Gerichten eine Art Lynchjustiz gegen die Antimilitaristen Wobes geworden; eine andere Syndikalistin, Maria Rovera, büßt wegen desselben Vergehens eine 4-jährige Gefängnisstrafe ab.

Portugal.

Vorbereitungen.
London, 18. Januar. Wie aus Berichten aus Lissabon in den heutigen englischen Morgenblättern hervorgeht, sind die angeblichen Truppenansammlungen in der portugiesischen Hauptstadt in erster Linie als Verfassungsmaßregeln der Regierung gegen etwaige Unruhen am ersten Geburtstag König Carlos zu betrachten. Für diesen Tag haben die Republikaner eine Massenemonstration geplant, die nach Informationen der Polizei unheimliche Dimensionen annehmen könnte. Die Vorbereitungen zu diesen Demonstrationen werden ganz offen getroffen. Lissabon und andere größere Städte Portugals werden mit zahllosen Flugblättern überflutet, und man fürchtet, daß ein Aufruhr auf den König beabsichtigt ist.

Sachsen.

Aus dem sächsischen Parlament.
Konstantinopel, 18. Januar. Die Beratung einer von 13 Abgeordneten eingebrachten Interpellation über die bosnische Frage, für die von dem Abgeordneten Soid die Dringlichkeit beantragt wurde, wurde nach kurzer Debatte vertagt und soll erst beraten werden, wenn das Kabinett das Protokoll über die Verhandlung mit Österreich-Ungarn vorlegen wird. Vom Abgeordneten für Badagab wurde eine Interpellation über die Bagdadbahn eingebracht, worin die betreffenden Verträge kritisiert werden und die Frage gestellt wird, ob trotz des Widerstandes Englands der Handel von Konstantinopel nach Bagdad werden solle und ob Russland auf die Festlegung der Bahnlinie einen Druck ausübe.

Konstantinopel, 18. Januar. Der Minister hat an dem Protokoll über das Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei nur einige kleine Änderungen vorgenommen. Der Entwurf ist heute vom österreichisch-ungarischen Botschafter nach Wien gelangt worden.

Salonik, 18. Januar. Der Minister des Innern Dlimi Pachia hat den Gouverneuren der macedonischen Provinzen folgende Weisungen erteilt, die auf die Aufrechterhaltung des Ansehens der Behörden und auf die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen abzielen. Alle ungelegenen politischen Vereinigungen sollen sofort unter Anwendung von Gewalt aufgelöst werden. Die von der Regierung ernannten Beamten müssen anerkannt und Gehörten und Polizeibeamten, die ihre Schuligkeit vernachlässigen, angezeigt werden.

Belgrad, 18. Januar. Die Kabinettskrisis dauert an. Oester hat der König fünf Führer der Ultraliberalen und fünf Führer der Jungliberalen in den Hof berufen und sie nach längeren Verhandlungen mit der Mission betraut, binnen 24 Stunden ein Ministerium zu bilden. Die Regierung beabsichtigt, in einigen Tagen eine Note über die deutsch-österreichischen Beziehungen an die Mächte zu richten. Obgleich anheuer alles ruhig ist, werden die Kriegs Vorbereitungen mit allem Eifer fortgesetzt. 30 000 Rekruten sind zu den Waffen zu rufen worden. In den letzten Tagen sind über Salonika die in Deutschland bestellten 60 000 Mauer-Gewehre und eine Unmenge Munition angekommen. Auch an der bulgarischen Grenze werden Truppenbewegungen vorgenommen. Bulgarien hat keine Grenzgarationen verläßt.

Sofia, 18. Januar. Nach Versicherungen amtlicher Kreise besteht an zukünftiger bulgarischer Stelle die Regierung, trotz der gegenwärtigen ungünstigen finanziellen Lage die der Türkei angebotene Entschädigungsumme von 82 Millionen entsprechend zu erhöhen, falls die Großmächte ihren Einfluß bei den auswärtigen Großmächten darin geltend machen, daß Bulgarien unter günstigen Bedingungen eine auswärtige Anleihe abschließen könne.

Russland.

Zum Fall Kow.
P. C. Ein sensationelles Gerücht verzeichnet die Sonnabendnummer die Londoner Times. Danach wäre es niemand anders als der Polizeiminister des Zaren, Lopuchin, der sich auch von Kow bedroht fühlte, getrieben, der die revolutionären Organisationen über den wahren Charakter der Persönlichkeit Kow aufklärte. Die Times veröffentlichten einen dramatischen Bericht über die Umstände, unter denen sich Kow — der von der Stellungnahme Lopuchins gegen ihn Wind erhalten hatte — nach Petersburg begab und sich mit dem Chef der Sicherheitspolizei Versamow zu dem Polizeiminister begab. Lopuchin soll das Los Kow angeklagt worden sein, wenn er Kow demüdigte. Lopuchin habe aber trotzdem seine Absicht durchgesetzt.

Belgien.

Die deutsche Anleihe.
London, 18. Januar. Wie das Reutersche Bureau berichtet, ist die Meldung, England habe einer deutschen Anleihe zugestimmt, nicht richtig. Die Regierung ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß gewisse Vorkläufer über Reformen in Belgien von Russland herbeigeführt worden sind. In London habe man diese aber noch nicht erhalten. Die Vorkläufer seien darauf, daß sie eine Intervention unmöglich machten.

Ein ähnliches Gerücht erfolgt aus Petersburg. Es wird darin die Absicht einer gemeinsamen Aktion Russlands und Englands in den belgischen Angelegenheiten bestritten.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

172. Sitzung vom 18. Januar 1900.

Zur Beratung stehen die Deputationsberichte und die Anträge zur Volksschulreform.

Die hierzu eingebrachten umfangreichen Anträge sind bereits veröffentlicht worden.

Kultusminister Dr. Beck (Schwarze) erklärte: Mit dem Bericht der Deputationskommission über die Volksschulreform habe ich mich beschäftigt, habe jedoch ein Bedenken in der Beziehung des Kultusministeriums ausgesprochen; ich wußte mich daher mit großer Beschränkung zu äußern, die Aufgabe ist, ein neues Volksschulgesetz zu schaffen, das darauf hinauszielt, das Landtag anfangs der 70er Jahre fast 70 Jahre danach, ehe er mit dem jetzigen Volksschulgesetz zustande kam. Dieses Gesetz hat sich trotz aller Mängel einer großen Wichtigkeit im Inneren und Außenland erfreut, die sich auf das ganze sächsische Volkswesen ausbreiten, daß zahlreiche Ausstellungen und Ausstellungen am 1. Januar von Schulen im sächsischen Volksschulwesen bestritten. Wenn ich auch in einzelnen Punkten meine Ansicht über die Volksschulreform geäußert habe, so bin ich doch noch wie vor der Meinung, daß die Volksschule von größter Bedeutung und die Verbesserung ihrer Ausstattung von größter Wichtigkeit für den Staat ist; je tiefer wir in diese Materie eingedrungen sind, desto größer werden auch die Schwierigkeiten. Was nun die Anträge der Deputation selbst anbelangt, so können die Regierung, solange die Kammer nicht selbst eingetreten hat, nur im allgemeinen erklären, zu welchen Anträgen sie eine freundliche oder weniger freundliche Stellung einnimmt. Obgleich ich in den meisten Fällen zu Gunsten der Anträge bin, so werde aber doch möglich sein, gewisse Grundlinien für die Volksschulreform aufzustellen. Eine solche wird die pädagogischen Anforderungen der Zeit und die finanzielle und religiöse Gehörnung der Familien, andererseits aber auch die Verhältnisse der Volksschule und der Gemeinden berücksichtigen müssen. (Beifall auf der rechten Seite.)

Der sächsische Hof soll errichtet werden auf der Grundplatte der Volksschule in der Landtagsstadt. (Beifall auf der linken Seite.)

Der Hof soll errichtet werden auf der Grundplatte der Volksschule in der Landtagsstadt. (Beifall auf der linken Seite.)

Abg. Böbel (natl.): Eine Reform der Volksschulreform ist dringend nötig. Mit den Grundfragen der Volksschulreform habe ich mich beschäftigt, habe jedoch ein Bedenken in der Beziehung des Kultusministeriums ausgesprochen; ich wußte mich daher mit großer Beschränkung zu äußern, die Aufgabe ist, ein neues Volksschulgesetz zu schaffen, das darauf hinauszielt, das Landtag anfangs der 70er Jahre fast 70 Jahre danach, ehe er mit dem jetzigen Volksschulgesetz zustande kam. Dieses Gesetz hat sich trotz aller Mängel einer großen Wichtigkeit im Inneren und Außenland erfreut, die sich auf das ganze sächsische Volkswesen ausbreiten, daß zahlreiche Ausstellungen und Ausstellungen am 1. Januar von Schulen im sächsischen Volksschulwesen bestritten. Wenn ich auch in einzelnen Punkten meine Ansicht über die Volksschulreform geäußert habe, so bin ich doch noch wie vor der Meinung, daß die Volksschule von größter Bedeutung und die Verbesserung ihrer Ausstattung von größter Wichtigkeit für den Staat ist; je tiefer wir in diese Materie eingedrungen sind, desto größer werden auch die Schwierigkeiten. Was nun die Anträge der Deputation selbst anbelangt, so können die Regierung, solange die Kammer nicht selbst eingetreten hat, nur im allgemeinen erklären, zu welchen Anträgen sie eine freundliche oder weniger freundliche Stellung einnimmt. Obgleich ich in den meisten Fällen zu Gunsten der Anträge bin, so werde aber doch möglich sein, gewisse Grundlinien für die Volksschulreform aufzustellen. Eine solche wird die pädagogischen Anforderungen der Zeit und die finanzielle und religiöse Gehörnung der Familien, andererseits aber auch die Verhältnisse der Volksschule und der Gemeinden berücksichtigen müssen. (Beifall auf der rechten Seite.)

Der Hof soll errichtet werden auf der Grundplatte der Volksschule in der Landtagsstadt. (Beifall auf der linken Seite.)

Sozialdemokratischer Verein
für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Geschäftsstelle: Dölling, 50
Dresden, Brühlstraße 77 G. I.
Berliner, Emil Tschak Nr. 774.

Geschäftsstelle: Montag von 8 bis
1 Uhr und 8 bis 6 Uhr, Dienstag
ab 7 Uhr abends.

Bezirk Döhlen, Zuckerode, Weißig, Niederhermsdorf ufw.
Mittwoch den 20. Januar, abends 9 Uhr, **Mitglieder-**
Versammlung in Schwarzes Restaurant in Sanderode.
Tagesordnung: Bericht aus der Verhandlung und Vereins-
angelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Dresden und Umg.

Metalldrücker von Dresden u. Umg.
Sonabend den 23. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr
Branchen-Versammlung
im Restaurant Annaburger Hof, Falkenstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Schmiedeberg.
Sonabend den 23. Januar 1909, abends 8 Uhr
General-Versammlung
im Gasthof zu Schmiedeberg.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Schmiedeberg.
Sonabend den 23. Januar 1909, abends 8 Uhr
General-Versammlung
im Gasthof zu Schmiedeberg.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Donnerstag den 21. Januar, abends 7 Uhr
im großen Saal des Volkshauses
Versammlung
der
Bau- u. Möbelfachler, Anschläger u. Maschinenarbeiter.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Donnerstag den 21. Januar, abends 7 Uhr
im großen Saal des Volkshauses
Versammlung
der
Bau- u. Möbelfachler, Anschläger u. Maschinenarbeiter.

Handels- u. gewerbliche Fortbildungsschule
von E. Schirpke, Altmarkt 13
eröffnet Ostern folgende Kurse:
A. Für Fortbildungsschulpflichtige. Zweijähriger Kursus, der Besuch
desselben befreit von dem jeder anderen Fortbildungsschule. Vierteljährlich M. 19.—.
B. Handelskursus für junge Mädchen. Separater Lehrsaal. Wöchentlich
persönlich erteilt. Vierteljährlich M. 25.—.
C. Handelsschule für Erwachsene. Viertel-, Halb- und Jahreskurse. Einzel-
unterricht.
Anmeldungen täglich.
Prospekte und Auskunft in
Schirpkes Sprach-Lehr-Institut, Amalienstrasse 7.

Vereine!

Originalne humoristische
Kopfbedeckungen
in Riesenauswahl, Tsd. o. 15 St. an
Saal-Dekorationen
Girlanden, 7 m, Duschel 1,80 M.
Masken und Bärte
Tsd. von 25 St. an
Scherzartikel
in reichlicher Auswahl u. jeder Preis-
lage. Günstig billige Fabrikpreise.
Zahlreiche Preisliste gratis.
Ludwig Philippsohn
Dresden 156, Scheffelstr. 26
(nächst Postamt).

Zagesgespräch!!
Deutsche Reichskrone.
Mittwoch den 20. Januar
Masken-Ball!
Dekoration konkurrenzlos!

Butter bedeutend billiger!
Feinste
Tafelbutter
1 Pfund 110 Pf.
F.E. Krüger
Webergasse 18.
Tel. 1912. — Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Englisch
Anfangs-Kursus
Beginn: Mittwoch den 20. Januar
abends 8 1/2 Uhr

Französisch
Beginn: Freitag den 22. Januar
abends 8 1/2 Uhr
Sofortige Anleitung zum Sprechen
vierteljährlich 26 Stdn. 8 M.
Anmeld. bei der Lehrerin des
Volkshilf.-Vereins, Brühlstr. 18, 2
od. 1. Stundenlokal Amalienstr. 19, 1. Etz.

Restaur. Domsch
Papiermühlengasse 2.
Jeden Mittwoch:
gr. Schlachtfest.

Deutsche Reichskrone
Bischofsweg Dresden-N. Königsbrücker Strasse.
Mittwoch den 20. Januar, abends 7 Uhr
Grosser öffentlicher
Masken-Ball
Ein Abend an der Riviera.
Dekoration konkurrenzlos.
Zwei Musikchöre spielen ununterbrochen Tänze und Märsche.
Eintrittspreise: An der Kasse Herren 1.50, Damen 1.— M., im Vor-
verkauf Herren 1.— M., Damen 75 Pf.

Pilo
Vertreter: Max Pelz, Dresden-A., Rietschelstrasse 8, 1.
Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.
Sonntags feiner Residenz-Ball.
Empfehle meinen freundl. kleinen Saal als Vereinssaal, zur Abhaltung
von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfestlichkeiten, Raum bis 120 Personen.
Wahlplatzbahn Dresden u. Sonnabend frei. Achtungswort Watzke.

Knorr's Erbswurst
und Suppenwürstchen enthalten
alle Nähr- und Geschmacksstoffe
einer guten Fleischsuppe. Man
braucht nur mit Wasser zu kochen.
Ein Suppenwürstchen gibt drei
Teller gehaltreiche Suppe.
Jeder Umschlag gilt
als Gutschein.

Möbel aller Art, auch auf Lieferung, liefert
C. Wilkerlings Nachf.
Pflaumen, Wohnstraße 2.

Mutterspritzen
Erfüllungen v. 1 St. an, Leib-
binden und alle hygienischen
Frauenartikel.
Preisliste gratis. 10 Brog. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37
Gde. Dippoldisdorferplatz.
Auswahl auf die Firma!

Tüchtiger Liedermeister
sehr energisch und freudig, möchte gern noch einen größeren Verein über-
nehmen.
Otto Seyffert, Carlswitzstr. 37, pt.

Konsum-Verein für Schmiedeberg u. U.
Wir suchen zum sofortigen Antritt
eine flotte und perfekte
Verkäuferin
Offerten sind schriftlich bis Freitag
den 22. Januar einzureichen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer.
Zahlstelle Dresden.
Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
an Herzschwäche unser langjähriges Mitglied, der Maurer
August Berger
im 58. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 21. Januar 1909,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Grimmstraße 56, Dres-
den-Raditz, aus statt.
Um zahlreiche Teilnahme bittet Der Vertrauensmann.

Zentral-Verband der Schneider.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
unser Kollege
Franz Tietze
im 27. Lebensjahre. Wir werden kein Andenken übergeben in
die Verwaltung.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem
äusseren katholischen Friedhofe statt.
Verantwortlich für den gedruckten Teil:
Robert Seyffert, Stadtdirektor bei Dresden.
Sonnabend für den Druckanten:
Karlheinz G. hier, Dresden.
Druck und Verlag von Rabe & Sohn, Dresden.

M.-G.-V. „Freies Lied“, Seidnitz
nimmt Mitglieder auf Sonntag
von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr abends im
Restaur. Saxonie, Dönhofsstrasse
Fisch-Götze — Alte Eiche.

140
Marabu-Stolen
zu verkaufen. Es folgt
eine Stola
2 m lang, 4fach, 5 bis 8,50 St.
Kragenform 8,50 bis 17 St.
Straussfeder-Stolen
2 m lang, 11, 14, 17, 21 St.

bei **Hesse, Scheffelstr. 12.**
Blechschmidts
Kaltblech
heute v. 70 Pf. an.
Gr. Brühlstr. 17.

Eheleute
verlangt neuesten, großen Katalog
1908 nebst Anerkenntnisbescheinigung
über hygien. Bedarfsartikel gratis
u. franko. F. Schmalz, Postfach 1
Bühl, Zimmermann, Logaustr. 30.

Stellensuchende
aller Branchen! wendet euch an un-
ser. Berl. Prospekts. Allg. Deutsche
Stellensucherges. Dresden, Fregstr. 22.

Tüchtige Hausierer
zum Betrieb von Schauer-
tüchern gesucht. E. Tamm,
Radebeul, Marienstraße 9.

Der Maler, dessen Frau vor Weihnachten ein Delikat
(Wehrhansland) bei Wetzlich, Am See, verkauft hat,
kann sich dort sofort wegen neuer Aufträge melden.

Konsum-Verein für Schmiedeberg u. U.
Wir suchen zum sofortigen Antritt
eine flotte und perfekte
Verkäuferin
Offerten sind schriftlich bis Freitag
den 22. Januar einzureichen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer.
Zahlstelle Dresden.
Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
an Herzschwäche unser langjähriges Mitglied, der Maurer
August Berger
im 58. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 21. Januar 1909,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Grimmstraße 56, Dres-
den-Raditz, aus statt.
Um zahlreiche Teilnahme bittet Der Vertrauensmann.

Zentral-Verband der Schneider.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
unser Kollege
Franz Tietze
im 27. Lebensjahre. Wir werden kein Andenken übergeben in
die Verwaltung.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem
äusseren katholischen Friedhofe statt.
Verantwortlich für den gedruckten Teil:
Robert Seyffert, Stadtdirektor bei Dresden.
Sonnabend für den Druckanten:
Karlheinz G. hier, Dresden.
Druck und Verlag von Rabe & Sohn, Dresden.

Zentral-Verband der Maurer.
Zahlstelle Dresden.
Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
an Herzschwäche unser langjähriges Mitglied, der Maurer
August Berger
im 58. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 21. Januar 1909,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Grimmstraße 56, Dres-
den-Raditz, aus statt.
Um zahlreiche Teilnahme bittet Der Vertrauensmann.

Zentral-Verband der Schneider.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
unser Kollege
Franz Tietze
im 27. Lebensjahre. Wir werden kein Andenken übergeben in
die Verwaltung.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem
äusseren katholischen Friedhofe statt.
Verantwortlich für den gedruckten Teil:
Robert Seyffert, Stadtdirektor bei Dresden.
Sonnabend für den Druckanten:
Karlheinz G. hier, Dresden.
Druck und Verlag von Rabe & Sohn, Dresden.

Zentral-Verband der Maurer.
Zahlstelle Dresden.
Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
an Herzschwäche unser langjähriges Mitglied, der Maurer
August Berger
im 58. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 21. Januar 1909,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Grimmstraße 56, Dres-
den-Raditz, aus statt.
Um zahlreiche Teilnahme bittet Der Vertrauensmann.

Zentral-Verband der Schneider.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag den 17. Januar verstarb nach längerem Leiden
unser Kollege
Franz Tietze
im 27. Lebensjahre. Wir werden kein Andenken übergeben in
die Verwaltung.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem
äusseren katholischen Friedhofe statt.
Verantwortlich für den gedruckten Teil:
Robert Seyffert, Stadtdirektor bei Dresden.
Sonnabend für den Druckanten:
Karlheinz G. hier, Dresden.
Druck und Verlag von Rabe & Sohn, Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Dienstag den 19. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Nr. 14.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Berichte der Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer.

Am Sonnabend bereits haben wir mitgeteilt, daß der offizielle Bericht der Wahlrechtsdeputation des sächsischen „Oberhauses“ lediglich eine Bestätigung von bereits Bekanntem gebracht hat. Nachdem wir auch die grundlegenden Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes in der offiziellen reaktionären Fassung veröffentlicht haben, geben wir hier die wichtigsten Stellen aus dem Deputationsberichte wieder. Die Deputation hat zunächst die Frage aufgeworfen, ob die Beschlüsse der Zweiten Kammer über die Ementualvorlage zum Teil, wie von nationalliberaler Seite behauptet worden war, gegen die Verfassung verstoßen. Das ist verneint worden. Dann heißt es wie folgt weiter:

Das Ziel einer Verabschiedung des Wahlgesezes am Schlusse dieser Session erschien der Deputation so erstrebenswert, daß sie, wie schon angedeutet, glaubte, mit allen legalen Mitteln und unter Aufwendung aller ihrer Kräfte auf dasselbe hinarbeiten zu sollen. Dabei leitete sie die politische Erwägung, daß es durchaus notwendig ist, der im Lande herrschenden Bewegung über die Wahlreform endlich einen beruhigenden und befriedigenden Abschluß zu geben, weil andernfalls sich unabsehbare Schwierigkeiten und Gefahren ergeben würden. Die Hoffnung, daß bei Erfolglosigkeit aller bisherigen Reformbemühungen alsbald für einen nächsten Landtag sich ein Weg eröffnen werde, der zum gewünschten Ergebnis führt, erscheint eitel. Die Gefahr, die aus der gesteigerten Gegenwärtigkeit der großen Parteien der Zweiten Kammer dem politischen Leben droht, würde verschärft und mit unübersehbaren schädlichen Folgen verknüpft, wenn es nicht gelingen sollte, jetzt noch eine Verständigung dieser staatsrechtlichen Elemente herbeizuführen. Und wie man auch immer über die Vorzüge und Nachteile des einen oder anderen Wahlsystems denken mag, jedenfalls ist es erreichbar, ein Wahlgesez zu vereinbaren, welches eine wesentliche Verbesserung des herrschenden Rechts bedeutet.

Rund ist schon bemerkt worden, daß die Deputation sich entschlossen hatte, kumulativ eine Anzahl von Reformvorschlügen unter Heranziehung des bisherigen Materials der Verfassungsmänner der Zweiten Kammer zur Vorprüfung zu unterbreiten, damit man derart zu einer Übersicht über die beiderseitige Annehmbarkeit einer Gesetzesvorlage gelangen konnte. Amittend der Deputation sind sonach folgende Vor schläge aufgestellt, von denen der erste auf den Grundriss des sog. Delretts Nr. 12 fußt und nur eine den schon in der zweiten Kammer gefassten Vorberathungen entsprechende Verbesserung der Ursprungsvorlage bezweckt, wogegen der zweite in Anlehnung an das sog. Delret Nr. 12 unter Ausschreibung der Kommunalwahl die Einberufung der Ementualvorlage in das Delret sein soll, der dritte, ein Antrag des Kammerherrn Dr. Sacher von Sahr-Dahlen, unter Modifikation des geltenden Rechts in Anlehnung an das 1868er Wahlgesez und die Ementualvorlage der Regierung eine Kontingenzierung von 15 Abgeordneten für die Regierung eine Kontingenzierung von 15 Abgeordneten unter Berücksichtigung der Größe der Wähler und eine Vermehrung der Abgeordneten auf 97 vorschlägt, von denen 82 in den bisherigen Wahlsystemen aus dem unmittelbaren Wahlen der höheren Klasse der Wähler hervorgehen sollen; endlich der vierte, von dem Berichterstatter ausgearbeitet, ebenfalls anknüpft an das gegebene Recht und die Zahl der Abgeordneten für die verschiedenen drei Klassen kontingentiert unter Berücksichtigung der Abgeordnetenanzahl auf 90, so daß jede Abteilung ein Drittel aller Abgeordneten in unmittelbarer Wahl, und die dritte Abteilung zugleich in Verhältniswahl wählt. Nach dieser kurzen Uebersicht ist im folgenden auf diese vier Vorschläge näher einzugehen.

Veränderung und Erhöhung der Landtagsabteilung.

Die Regierung hat dem Landtage sodann eine Uebersicht über die Landtagsabteilungen, soweit sie nicht an dem Orte, wo der Landtag gehalten wird, wohnen, für die Dauer eines ordentlichen Landtages eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 3000 M. erhalten, die am 1. Dezember des Jahres, in dem der Landtag eröffnet wird, mit 400 M., am folgenden 1. Januar mit 300 M., am 1. Februar mit 300 M., am 1. März mit 500 M., am 1. April mit 500 M. und am Tage der Schließung des Landtages mit 1000 M. zahlbar ist.

Die Mitglieder, die an dem Orte, wo der Landtag gehalten wird, wohnen, erhalten die Hälfte der genannten Entschädigung und einzelnen Klassen.

Für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Plenarsitzung ferngeblieben ist, wird von der nächsten künftigen Entschädigungsrate ein Betrag in Höhe von 15 M. und zwar von 15 M., wenn das ferngebliebene Mitglied außerhalb des Ortes der Sitzung wohnt, und von 7,50 M., wenn der ferngebliebene am Orte der Sitzung wohnt.

Dieser Abzug findet nicht statt, wenn das Fernbleiben durch Krankheit am Orte des Landtages oder durch Geschäfte im Interesse des Landtages veranlaßt worden ist und das Mitglied sein Fernbleiben ausdrücklich begründet hat.

Die Anwesenheit in der Plenarsitzung wird dadurch nachgewiesen, daß das Mitglied sich während der Dauer der Sitzung in die Anwesenheitsliste einträgt. Wer an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, gilt im Sinne dieses Gesetzes als abwesend, auch wenn er in die Anwesenheitsliste eingetragen ist.

Während eines außerordentlichen Landtages erhalten die Mitglieder für den Tag ihrer Anwesenheit in einer Plenarsitzung oder, sofern sie Mitglieder einer Deputation sind, für den Tag ihrer Anwesenheit in einer Sitzung dieser Deputation Tagelohn in der in § 4 Absatz 1 angegebenen Höhe, für den Monat jedoch nicht mehr als 500 M., und wenn das Mitglied am Landtagsorte wohnt, nicht mehr als 250 M.

Die Bestimmung des § 4 Absatz 4 findet entsprechende Anwendung. Ein Mitglied der Ständeversammlung, das zugleich Mitglied des Landtages ist, erhält die Entschädigung nur für denjenigen Zeitraum einer Sitzungsperiode, während dessen nicht gleichzeitig der Reichstag versammelt ist. Der Teilbetrag der Entschädigung ist nach dem Verhältnis dieses Zeitraums zur Gesamtdauer des Landtages zu berechnen.

Für die ersten Tage, für die dem Mitgliede auf Grund von § 2 des Wahlgesezes, betreffend die Gewählung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages, vom 21. Mai 1906 ein Abzug von der Entschädigung gemacht wird, erhält es bei Anwesenheit in einer Plenarsitzung des Landtages ein Tagelohn von je 15 M.

Diese Neuregelung der Landtagsabteilung ist der Pauschale nachgeschaut worden, die im Reichstagesbeschl. Auch die Pauschallumme stimmt genau mit der im Reichstagesbeschl. Übereinstimmend ist die künftige Landtags-Pauschale den Abgeordneten im Vergleich mit den Bestimmungen über die Reichstagsabteilung insofern, als bei Abwesenheit am Sitzungstage nur 15 Mark abgezogen werden, während im Reichstagesbeschl. 20 M. Abzug gehen.

Das Delret bringt vor allem aber auch eine Erhöhung der Diäten, wenigstens für Landtagsabteilungen mit normaler Dauer. Jetzt bekommen die Landtagsabgeordneten in solchen Sessionen 2000 bis 2500 M.; in Zukunft werden sie immer 3000 M. erhalten; doch ist die Frage noch offen, wie es sich verhält, wenn ein Landtag schon vor dem 1. April auseinandergeht, was auch schon mehrfach dagewesen ist. Die Neuregelung der Diäten bedeutet somit für die Abgeordneten des sächsischen Landtages eine Vohnerhöhung von 15 bis 30 Proz. In einer Zeit, wo so viele Arbeiter Not leiden, mühte es geradezu aufreizend wirken, wenn sich die Herren, die auf Grund eines empörenden Wahlgesetzes zum größten Teil zu Unrecht im Landtage sitzen, eine solche Vohnerhöhung bewilligen würden.

Eine Entrüstungskomödie.

führten die Konservativen unter Anführung des Abg. Dopy an Montag in der Zweiten Kammer des Landtages auf. Es handelte sich um den Antrag über die angebliden Polizeiverordnungen gegen deutsche Studenten in Lausanne und die Entlassung zweier deutscher Professoren an der dortigen Universität. Inzwischen hat sich längst herausgestellt, daß sich die Vorgänge ganz anders zugetragen haben, als sie in konservativen Zeitungen geschildert wurden. Dennoch stützte sich Dopy gestern bei Begründung seines Antrags auf diese Zeitungsberichte und versuchte dadurch etwas nationale Entrüstung zu erwecken. Die Sache gelang schlecht, sie war von vornherein schon zu sehr als solche erkannt und gekennzeichnet. Der Antrag ging in der Hauptsache dahin, die Universität Lausanne aus der Liste der ausländischen Lehranstalten zu streichen, die den deutschen Bildungsgängen gleichwertig seien. Vorher aber sollte die Regierung noch nähere Erörterungen anstellen. Der Kultusminister Dr. Beck konnte nur erklären, daß sich die Zeitungsnachrichten als stark übertrieben erwiesen hätten und keine Veranlassung zu Maßnahmen gegen die Universität Lausanne vorläge. Darauf schied Dopy nur gewarnt zu haben, denn er zog seinen Antrag zurück. Da ihm aber das doch etwas zu blamabel erschien, tat er das in der Weise, daß er beantragte, den Antrag für erledigt zu erklären. Damit war die Komödie zur Posse geworden, sie war aber glücklicherweise in diesem Augenblick auch zu Ende.

Zur Volksschuleform.

Vor einigen Tagen haben wir die Anträge der Mehrheit der Gewerbe- und Petitions-Deputation zur Volksschuleform mitgeteilt. Jetzt hat auch die aus den Abg. Claus, Durr, Koch und Dr. Böppel bestehende Deputations-Minderheit dem Landtag Anträge unterbreitet. Doch sind nicht alle Anträge von den Abgeordneten der Minderheit unterzeichnet.

Die Anträge gehen dahin:

1. Der Volksschule sei der konfessionelle Charakter nicht zu verliehen.

2. Das Wohlwollen der konfessionellen Treue soll nur von den Lehrern gefordert werden, die den Religionsunterricht zu erteilen haben.

3. Die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bis zum Erlasse des neuen Volksschulgesetzes die Vorschriften in § 12 Absatz 2 des bisherigen Volksschulgesetzes (die Schülerzahl in einer Klasse darf 80 nicht übersteigen) in allen Gemeinden durchgeführt wird.

4. Abschnitt 6 des Mehrheitsantrags ist abzulehnen, wonach die Autorität der Lehrer in der Fortbildungsschule vergrößert und diese gegen Einflüsse von außen geschützt werden soll.

5. Die Regierung soll ohne Rücksicht auf das Erscheinen eines neuen Volksschulgesetzes dem nächsten Landtage ein Disziplinargesetz für Lehrer, Lehrerinnen und Direktoren vorlegen, wie es den modernen Grundgedanken einer Disziplinarordnung entspricht.

Daß diese Anträge keine Verbesserungen gegenüber den Mehrheitsanträgen brächten, ist nicht zu bezweifeln; dahinter stellen freilich auch diese Forderungen dar.

Ein kommunaler Rechtsstreit.

Ist nun nach vierjähriger Dauer vom Oberverwaltungsgericht endgültig entschieden worden. Im April 1904 wurde der ehemalige Wasserwerksbuchhalter Ernst Pippmann in Werdau nach 12-jähriger Dienstzeit vom Bürgermeister entlassen. Da sowohl nach der Rev. Städteordnung wie dem Werdauer Ortsregulativ Gemeindebeamte nach zehn-jähriger Dienstzeit nicht mehr entlassen werden können und die Pensionsberechtigung erwerben, beschritt Pippmann den Beschwerdeweg und forderte seine Entlassung im öffentlichen Verwaltungsrechtswege an. Da der alte Beamte die Entlassung auf das Betreiben des Werdauer Bürgermeisters Sachse zurückführte, spitzte sich die Sache immer mehr zu einer persönlichen Feindschaft zwischen Pippmann und dem Bürgermeister zu. Als dann noch ein fälschlicher Beamter, der Ratsekretär Zimmer, nach jahrelanger Tätigkeit entlassen und in allen Instanzen mit seinen Regressansprüchen abgewiesen worden war, erfolgte auf eine Anzeige Zimmers hin im Frühjahr 1908 die Suspension des Bürgermeisters Sachse. Am 1. Oktober v. J. wurde jedoch der Bürgermeister nach Beendigung des Verfahrens wieder in Amt und Würden eingesetzt. Nachdem Pippmann von der Reichshauptmannschaft Jmdau mit seiner Klage abgewiesen worden war, hob das Oberverwaltungsgericht im Februar 1907 das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Nach abermaliger Verhandlung verurteilte dann die Reichshauptmannschaft die Stadt Werdau zur Zahlung von 5875 M. — Gehalt auf fast vier Jahre — an Pippmann. Das Urteil basierte auf der Frage, ob Pippmann bei seiner Kündigung durch sein Verhalten zu erkennen gegeben habe, daß er mit der Auflösung seines Dienstverhältnisses einverstanden sei. Diese Frage wurde vom Verwaltungsgericht verneint. Nunmehr klagt die Stadtgemeinde Werdau das Urteil beim Oberverwaltungsgericht an und be-

hauptete, Pippmann habe durch freiwillige Uebertragung der Pensionsklasse sein Einverständnis mit der Entlassung zu erkennen gegeben. Pippmann erklärte, daß die Schlüssel von einem Sachmann im Auftrage des Bürgermeisters abgeholt worden seien. Diese Aussage wurde von der Frau des ehemaligen Beamten noch auf dem Sterbebette bekräftigt. Auf Veranlassung des Oberverwaltungsgerichts wurden daraufhin sämtliche Werdauer Schulleute unter Eid vernommen, ohne daß Klarheit in die Sache gekommen wäre. Die Schlüssel wollte niemand abgeholt haben. In der letzten Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht begründete Bürgermeister Sachse in fast einstündiger Vortrage die Anfechtungsfrage und wendete sich zum Schluß in klarer Weise gegen eine Verurteilung Pippmanns. Das von allen Parteien fieberhaft erwartete Urteil ist nun gefällt worden: Die Verurteilung wurde verworfen und die Stadt Werdau zur Zahlung von 5875 M. verurteilt. Das Oberverwaltungsgericht stellte sich auf den Standpunkt der Vorinstanz und hielt ein Einverständnis Pippmanns mit seiner damaligen Kündigung nicht für vorliegend. Die Summe hat sich in der Zwischenzeit natürlich noch erhöht; denn wenn die Entlassung widerrechtlich erfolgt ist, besteht die Anfechtung noch zu Recht. Pippmann ist denn auch inzwischen wieder angestellt worden und hat damit auch die Pensionsberechtigung erworben. — Bürgermeister Sachse aber hat inzwischen sein Amt niedergelegt.

Chemnitz. Dem Chemnitzer Tageblatt zufolge hat die Ägyptische Regierung dem Antrage auf Auslieferung des Jähsehers von Harimann-Aktion Stöcklin stattgegeben. Stöcklin ist bereits nach Alexandria gebracht worden und wird in den nächsten Tagen per Schiff nach Deutschland übergeführt werden, wo seine Ankunft in Bremerhaven Anfang Februar zu erwarten steht.

Nachrichten aus dem Lande.

Leipzig, 18. Januar. Ein Mord und Selbstmord ist heute vormittag in dem Vorort Lindenberg verübt worden. Dort wohnt in der Seugischer Straße 29 die Arbeiterfamilie Köckerich, bestehend aus Mann, Frau und drei erwachsenen Kindern. Der Vater und zwei Söhne sind seit längerer Zeit arbeitslos. Heute früh um 9 Uhr hat nun der Mann in der Wohnstube erst seinen Sohn und dann sich selbst erschossen. Beide waren sofort tot. Vorher hatte der Mann seine Frau in ein angrenzendes Zimmer eingeschlossen, während die anderen beiden Söhne abwesend waren. Das Motiv zu der Tat ist wohl in der augenblicklichen Entwerbelosigkeit zu suchen; außerdem war der erschossene Sohn seit einiger Zeit nervenleidend.

Leine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonntag nachmittag brachen auf einem Teiche in Seilfahn drei Knaben ein. Zwei von ihnen sind ertrunken, der dritte konnte gerettet werden. Dazu wird noch mitgeteilt: Obgleich der Eiswächter sie gewarnt hatte, tummelten sich doch am Sonntag mehrere Kinder auf dem Teiche. Während einer der Knaben auf einer dünnen Stelle im Eise drei Knaben eintrat, während einer gerettet werden konnte, mühten die beiden anderen, die 11 bzw. 9 Jahre alten Söhne der hiesigen Einwohner Kump und Bang, leider ertrinken. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden. Bereits am Vormittag war schon ein Knabe eingebrochen, der aber von seinen Kameraden gerettet wurde. — In der Freitagnacht ist beim Gemeindevorstand und Schulbesitzer Paulemann in S. u. p. a. h. bei Colbitz eingebrochen worden. Die Diebe haben die im Gemeindevorstande besitzigen gewaschenen Wollstoffe und sonstige Gegenstände entwendet. — Am Freitag nachmittag fiel auf der Treffpunktstraße in Chemnitz beim Bäckermeister ein großer Ast herunter und traf einen 52-jährigen ledigen Wirtler so unglücklich auf den Kopf, daß der Betroffene infolge eines Schädelbruchs zusammenbrach. Der Verwundete wurde gestern abend in ein Krankenhaus eingeliefert. — Ferner ist in Chemnitz ein 64-jähriger Handelsmann, der in der Nacht zum Sonntagabend in dem von ihm bewohnten Hause an der Hartmannstraße auf der Treppe gefallen war und sich eine schwere Kopfverletzung zugezogen hatte, in der Sonntagnacht verstorben. — Am Sonntag vormittag hat sich in W. i. a. u. der Kaufmann und Dausbühler Robert Dieckmann vom oberen Stockwerk seines Wohnhauses in den Hof gestürzt. Er zog sich einen schweren Schädelbruch zu und war sofort tot. Aufsehend hat er die Tat in einem Moment geistiger Unmachtung ausgeführt. — Ein aufsehender Vorfall ereignete sich auf dem Friedhof in Krimmischau. Während der Trauerfeier in der Friedhofkapelle für seine verlebte 70-jährige Tochter verlor infolge eines Herzschlags der Feuermann Kircke, der vor einigen Jahren an einem Tage zwei erwachsene Kinder und bald darauf auch die Ehefrau verloren hatte.

Stadt-Chronik.

Der Blutsonntag

hat eine furchtbare Erregung hervorgerufen. In der ganzen Stadt kann man das beobachten. Mit der gewaltigen Mitwirkung anständiger und wehrloser Wahlrechtsdemonstranten haben die Vertreter der herrschenden Klasse nicht nur eine barbarische, sondern auch eine eminent unkluge Tat begangen. Das kommt auch in den Berichten der bürgerlichen Presse zum Ausdruck, die zwar nicht objektiv genannt werden können, aber doch offensichtlich die sonst in solchen Fällen übliche Schimpferei und Schatzmacherei vermeiden. Auswärtige bürgerliche Zeitungen, und zwar keineswegs nur linksstehende, sprechen offen aus, daß die Empörung der Massen in Sachsen wohl zu begreifen sei.

Eine unehrerläubte Ausnahme von sächsischer Verchristung machen von hiesigen Blättern die Dresdner Neuesten Nachrichten. Das Blatt behauptet, vor der Polizeiattoke sei der „Versuch“ gemacht worden, die Absperrung zu durchbrechen. Die N. N. konstruieren also eine Absicht. Diese Behauptung ist nach allen in diesem Punkte übereinstimmenden Mitteilungen un wahr. Die Vorantretenden wurden vielmehr von den Massen hinten gedrängt und so näher an die Postenkette gebracht. Und Polizei und Publikum waren noch einige Schritte voneinander entfernt, nicht das geringste Zeichen von Gewalttätigkeit war zu bemerken, als der junge Leutnant befehl: „Mannschaften blank!“ Und so ist der ganze Bericht des Blattes zu ungunsten der Demonstranten gefälscht. Wenn es dann noch moralisierend den Massen das Recht auf die Straße befreit, so erinnern wir nur daran, daß dieses edle Preßpapier nie etwas dagegen einzuwenden hatte, wenn die Straßen und Plätze bei patriotischem Sturm von

neugierigen Massen belagert wurden. Den Arbeitern aber fällt das Blatt in den Rücken. Auf Teufel! Es ist bezeichnend, daß selbst der halbamtliche Bericht über den Vorgang ausfälliger ist als der der Neuesten Nachrichten. Verwahrung müssen wir allerdings auch gegen die Behauptung des offiziellen Berichts einlegen, daß die Demonstranten mit Schlären und Stöcken die Gendarmen bedroht hätten und daß dies die Veranlassung zum „Einschreiten“ gewesen sei. Das ist eine durchaus falsche Behauptung, die durch die Angaben der Augenzeugen widerlegt wird. — Insgesamt sollen 26 Personen verhaftet, bis auf 3 jedoch wieder freigelassen sein. — Bei einem Krizi, der die Behandlung Verwundeter übernommen hatte, erschienen bald auch Polizeibeamte, um Erkundigungen über die Verletzten einzuziehen. (1)

Gestern und heute ist und noch eine große Anzahl mündlicher und schriftlicher Mitteilungen gemacht worden, die alle vollumfänglich, daß das Treiben der Gendarmen eine unerhörte, durch nichts gerechtfertigte und völlig unbegründete Maßregel war. Die meisten dieser Mitteilungen betätigen unsere gestrigen Angaben; einige bezeichnende Episoden aber möchten wir doch noch hervorheben.

Eine Anzahl Samariter der Arbeiter-Sonntagskolonne war in dem Gedränge direkt zwischen den Massen und die Gendarmen gekommen. Der diensttunende Polizeioberkommandant war vernünftig, sie an ihren Plätzen zu belassen. Die Gendarmen aber trieben unumsichtig auch diese Hilfsbereiten gewaltsam zurück, ihren Hinweis auf die Anordnung des Inspektors mit profanen Bemerkungen ignorierend.

Ein Gendarm stürzte, mit dem Säbel handend, in die Hausflur des Cafés Central Zurückweichenden nach mit den Worten: „Hinaus, ihr Hunde!“ Er warf etwa vier Personen und schleuderte sie hinaus. Erst als ihn ein Herr im Pelz und Zylinder, empört über dieses Verfahren, zur Rede setzte, gab der Gendarm nach. Schließlich soll es im Hausflur des Hauses Ecke Bildrufer Straße und Schloßstraße gewesen sein, wo man Hiesige sogar die Treppen hinauf verfolgte.

Ein Mann sah, wie ein kleiner Junge, der auf seinem Wege in die Menge geraten war, in Gefahr kam, von den Gendarmen mit dem Säbel geschlagen zu werden. Das wurde nur verhindert, weil der Mann sich schützend vor das Kind stellte und es in die Höhe riß; da wollten die Gendarmen auf ihn einhauen, wozu sie schließlich abließen, nachdem der Mann an die einfachste Verunft appelliert hatte. Er beobachtete ferner, wie ein Gendarm mit dem Schlagring hinterwärts auf die Masse einhieb. — Ein anderer Augenzeuge schildert und die unheimliche Erregung, in die die Demonstranten auf dem Festplatz gerieten, als sie eine Anzahl Verwundete dort aufkommen sahen. — Ein Geheißmann, der von auswärts nach hier gekommen war und von der Schläge keine Ahnung hatte, geriet ebenfalls unter die Polizeigewalt; er wurde infolgedessen gegen Abend mit blutigem, zerhauenen Kopfe nach Hause zurück. Eine Hochachtung vor Polizeikraften wird sicher gestiegen sein. Ein Demonstrant läßt uns mitteilen, daß er drei Säbelschläge auf den Kopf und einige an der linken Hand erhalten hat; es wurde ihm ein Glied vom Mittelfinger fast abgehauen. Außerdem erhielt er einen Stich (1) in den Unterarm. Es ist das der Mann, dem ein Samariter beistand, wobei auch der letztere einen Säbelschlag erhielt. Und so gehen die Schilderungen über einzelne Episoden weiter.

Wie tief und anhaltend die Empörung ist, hat sich auch am Montag abend wieder gezeigt. Inzwischen hatten sich größere Truppen von Menschen an der Schloßstraße und Altmarkt eingefunden; der Dreßdner Anzeiger spricht von etwa 1000 Personen. Ein Augenzeuge, dessen Angaben von einem anderen bestätigt werden, schreibt uns darüber:

Gestern Montag abend in der neunten Stunde sammelten sich Passanten vor dem königl. Schlosse in der Schloßstraße an. Die Zahl wuchs immer mehr. Plötzlich eilten fünf Gendarmen herbei, um die Menge zu „zerstreuen“. Die Leute aber, wohl fast alle nur mit Einstimmenverständnis begabt, konnten nicht einsehen, warum es anständigen Steuerzahler, nicht gestattet sein sollte, die öffentliche Straße zu benutzen. Mit einem Schläge änderete sich das Straßensbild. Die herrliche Abteilung übernahm ihr Säuberungshandwerk. Es ergriß alles die Flucht in die Querstraßen und durch die Schloßstraße nach dem Altmarkt zu. Vor jedem Durchgänger hielt ein Verirrterer getreue Wacht, als abermals eine größere Abteilung der vom Dezember 1905 her so beliebten Reiter ansprengte. Unterdessen wie das Schloß ganze Schwärme Gendarmen unter Führung von Inspektoren auf. Erkant über das Massenaufgebot versuchten die in die Spottgasse Gedrängten etwas zu sehen, was über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen Aufklärung geben könnte. Vorne an hand ein altes Rittschien, das vielleicht gern die paar Schritte nach ihrem Heim zurückgelegt hätte. Da, ein fatter Befehl, ein angestrichelter Aufsicht, die Verirrtenen machten eine Attacke in die Ahnungslosen. An der Hofmarschallgasse wiederholte sich die gleiche Erscheinungsbild: zur Vaterlandsliebe. Sonntagmannschaften bildeten sich wieder an der am Sonntag blutverfleckten Stelle, wieder wurde jeder Verkehr unterbunden. Gegen 10½ Uhr verhängte sich eine große Zahl der Gendarmen in ein Haus der Schloßstraße, das ein Café beherbergt. Später löste man die Stellen auf und in der Zeit von 11 bis 11½ Uhr verliefen nach einander 32 Gendarmen dieses Haus.

So sorgt also die Polizei dafür, daß die Vorgänge vom Sonntag möglichst tief und lange in der Erinnerung des Volkes bleiben.

Vorschriftsmäßige Abmeldungen bei Dreißerkassen.

Am vierten Tage nach Eintritt eines Gehilfen bei einem Handwerksmeister wurde das Arbeitsverhältnis wieder gelöst und am andern Tage der Dreißerkasse, bei der die Anmeldung des Gehilfen rechtzeitig erfolgt war, von diesem ein Zettel des Meisters vorgelegt, aus dem hervorging, daß der Gehilfe aus der Beschäftigung wieder ausgetreten sei. Die Kasse erblichte in dem überlieferten Zettel keine formgemäße Abmeldung und forderte nach Verlauf von mehreren Wochen, auf ihr Statut und § 52, 1, Satz 4 des Krankenversicherungsgesetzes sich stützend, von dem Meister die Entziehung von Beiträgen für den Gehilfen. Mit ihrer Forderung wurde sie von der Aufsichtsbehörde mit folgender Begründung abgewiesen: Die von dem Meister der Kasse durch den Gehilfen überlieferte schriftliche Mitteilung habe zwar keine ordnungsmäßige, nämlich keine den Vorschriften in § 8, Abs. 2 und 3 des Statuts entsprechende Abmeldung enthalten, sie habe aber deutlich erkennen lassen, daß der Gehilfe der Kasse nicht mehr angehören solle. Daß dies auch von dem Beamten der Kasse erkannt worden sei, beweise die Tatsache, daß er den Gehilfen sofort auf die Formuldichtigkeit der Abmeldung aufmerksam gemacht habe. Gemäß § 52 des Krankenversicherungsgesetzes seien nun die Versicherungsbeiträge so lange fortzuführen, bis die vorschriftsmäßige Abmeldung (§ 49) erfolgt sei. Es könne allerdings die Frage entstehen, ob eine „vorschriftsmäßige“ Abmeldung nur in einer statutenmäßig vorgeschriebenen Form zu erkläre sei. In diesem Falle der ausdrücklich in § 52, 1 und § 49 des Gesetzes deutlich erkennende Hinweis, daß eine so weitgehende Forderung nicht aufgestellt werden solle. So sei auch in der Rechtsprechung wiederholt entschieden worden, daß die Verpflichtung zur Beitragszahlung dann erlösche, wenn der Arbeitgeber die versicherungspflichtigen Personen rechtzeitig in einer jeden Zweifel über deren Identität anerkennend Weise bei der hierzu bestimmten Stelle abgemeldet habe. Es sei also die Tatsache der Abmeldung und nicht deren durch statutenmäßige vorgeschriebene Form das wesentliche. Der Verwaltungs- und des Oberverwaltungsgericht wiesen die Klage ebenfalls zurück. Aus der Begründung des letztinstanzlichen Urteils ist noch folgendes bemerkenswert: Nach der Fassung des Gesetzes sei für das Erlöschen der Verpflichtung zur Entziehung von Beiträgen für einen abgewanderten Arbeiter nicht unbedingt erforderlich, daß die Abmeldung den einschlagenden statistischen Vorschriften der betreffenden Krankenkasse über Verwendung gewisser Formulare usw. entspreche, sondern es genüge, wenn sie den Anforderungen des § 49 des Gesetzes gerecht werde, zumal die Vorschrift in § 52, Abs. 1, Satz 4, eine Ausnahme bilde, die nach bekannten Rechtsgrundsätzen streng auszulegen sei.

Mittelpreisverfahren.

Das amtliche Protokoll über die letzte Preisfestsetzung berichtet: „Die Allgemeinen Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Leistungen für die Stadt Dresden vom 11. April 1907 mit den Vorschriften über das Mittelpreisverfahren sind vom 1. Mai 1907 ab zunächst verdruckt und seit dem 1. Juni 1907 in Kraft getreten. Hierzu gehören auch die erst im Jahre 1908 erfolgten Ergänzungen, die Zugleichung von Sachverständigen betreffend. Da sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre ein abschließendes Urteil über ihre Nützlichkeit noch nicht bilden läßt, beschließt der Rat, die Geltungsdauer der Allgemeinen Bestimmungen auf weitere zwei Jahre bis zum 30. April 1911 zu verlängern. — Die Stadtverordneten haben den Rat eruchtet, ihnen über die Erfahrungen, die mit den Sachverständigen bei Überwachung und der Abnahme öffentlicher Lieferungen gemacht worden sind, bei Übergabe einer Vorlage über Änderungen der Allgemeinen Bestimmungen Mitteilung zu machen. Der Rat beschließt, dem Ersuchen erst fernerzeit bei Ablauf der Geltungsdauer der jetzt in Kraft befindlichen Allgemeinen Bestimmungen zu entsprechen.“ — Der ganze Nummel hat weiter seinen Zweck, als daß es der Stadt ein großes Stück Geld kostet.

Für Bauleute.

Sieben im südlichen Bezirk befindliche Baustellen an der Weidenstraße in der Größe von zusammen circa 6000 Quadratmetern will der Rat unter der Bedingung verkaufen, daß sie von den Erwerbern nicht weiterverkauft und bald bebaut werden. Die Bauleute ist offen, mit drei Geschos und nur bei Erdgeschossen eine Dachwohnung zulässig, höchstens 4,5 Meter, Dampfessel und gewerbliche Anlagen sind unbeschränkt zulässig, Häuser hat sich aber für sich und seine Rechtsnachfolger zu verpflichten, im Interesse der auf dem gegenüberliegenden Lande geplanten Schule irgendwelche lärmenden Gewerbebetriebe nicht auszuüben oder ausüben zu lassen. — Endlich scheint dem Rat zu dümmern, daß es eine Wohnungsnot gibt, die besonders in den westlichen Vorstädten groß ist. Viel richtiger wäre es allerdings, die Stadt bebaut selbst das in ihrem Bezirk befindliche baureife Land.

Neue Bürger.

Im Monat Dezember sind insgesamt 186 hiesige Einwohner zu Bürgern der Stadt Dresden verpflichtet worden. Darunter befanden sich leider nur 50 Gehilfen und Arbeiter. Wir möchten abermals die Dreßdner Arbeiterschaft dringend eruchen, in der Bürgerrechtsvererbung nicht nachzulassen. Auch das Bürgerkomitee sei darauf hingewiesen.

Sitzung der Stadtverordneten am 21. Januar, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Neubegründung von Hilfskassen bei den Dreißerkassenhältern. Beschaffung von belandene Wolk- und Umkleidekästen für das Kesselhäuserpersonal des Stadtkrankenhaus Johanna-Stadt. Beschleunigung und Beleuchtung der Kanonenstraße. Bewilligung des auf das städtische Grundstück 219 in Vorstadt Wlitten entfallenden Beitrages zu dem Schmelzwerk aus der Anlage. Festsetzung des Preises für den an das städtische Wasserwerk in der Hofstraße abzugehendes elektrischen Strom. Bewilligung des Mehraufwandes von 35 405 M., der bei Herstellung der Verbindungslinie — Aingleitung — zwischen den Hauptrohrleitungen des 1. und 2. Wasserwerkes entstanden ist. Naturalisationsgesuche. — Geheime Sitzung.

Ein schwarzer weicher Hut, der am Sonntag bei der Polizeimeister verloren worden ist, kann von seinem Eigentümer in unserer Volkshandlung in Empfang genommen werden. Er ist innen mit den Buchstaben M. F. versehen.

Aus der Umgebung.

Polischappel. Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, findet im Sitzungssaale des Rathhauses öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Polischappel. Der 73 Jahre alte, hier wohnende Schneider Gust Schmied wurde am Sonntag im Zählener Staatsforst erkrankt aufgefunden und politisch aufgegeben. Lebensüberduldung scheint den Mann in den Tod getrieben zu haben.

Meinamndorf. Mittwoch den 20. Januar, abends 8 Uhr, findet in Sauer's Gasthof öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Roschwitz. Mittwoch abend 7 Uhr findet im kleinen Saale des Gasthofs zu Ober-Roschwitz öffentliche Gemeindevorstellung statt. Die Tagesordnung ist an der Tafel angehängt. In Anbetracht der Wichtigkeit ist zahlreicher Besuch zu erwarten.

Leubnitz-Neusa. Kurz vor 11 Uhr nachts entzündete gestern in dem Gute des Baumeisters Mezsdorf (Pächter Reinhold Berger) ein großes Spandener, durch das 1000 Zentner Stroh und landwirtschaftliche Maschinen verbrannt wurden. Es liegt Brandstiftung vor.

Reid. Heute Dienstag findet öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Niederlößnitz. Die nach dem neuen § 1 Klassenwahl, rechtgetroffenen elf (1) Mitglieder des hiesigen sozialistischen Gemeindevorstands sind sich in der ersten Sitzung bei einem Streit um die — Plätze in die Haare gefahren. Es wird darüber berichtet: Bei Beginn der Sitzung entspann sich ein Streit darüber, wo sich die elf Vertreter der fünf Klassen hinsetzen sollten. Der Finanz- und Verwaltungsausschuß hatte die Sache wohl durch Vorbereitungen geordnet, doch viele wollten die älteren, nicht nach dem Klassenwahlsystem gewählten Vertreter nicht anerkennen. Sie seien, so führten die Vertreter aus, durch alle Wähler, nicht durch eine Klasse in den Gemeindevorstand und wollten sich nicht wie die Herberge vorsetzen lassen; auch habe der Ausschuss gar kein Recht, Beschlüsse zu fassen, da mit dem abgelaufenen Jahre seine Tätigkeit beendet gewesen und in der gegenwärtigen Sitzung die Neuwahl der Ausschüsse erst zu erfolgen habe. Den Protestierenden, welche drohten, die Sitzung zu verlassen, wurden vorherhand die früher innegehabten Plätze eingeräumt. In der späteren Verhandlung über den vom Ausschuss vorbereiteten Antrag zur Einführung einer Sitzordnung wurde aber mit Majorität beifolgt, daß jedes Fraktionchen zusammengesetzt wird, und zwar so, daß die Vertreter der Klasse der Höchststeuerer an der Spitze der Tafel sitzen und die Vertreter der dritten Klasse selbstverständlich am Ende Platz nehmen.

Lößnitzhortschaften. Der geschichtliche Unterrichtskursus, veranstaltet von der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege, beginnt Donnerstag den 21. Januar, abends 9 Uhr, in der Goldenen Weintraube, Niederlößnitz. Herr Schäfer hat den Unterricht wieder übernommen und wird, vom Mittelalter ausgehend, die gesamte deutsche Geschichte bis zur Gegenwart behandeln. Wer seine geschichtlichen Kenntnisse erweitern will, dem sei der Besuch dieser Abende empfohlen. Es wird gewünscht, daß sich jugendliche Arbeiter an diesem Kursus besonders stark beteiligen. Arbeiter unter 18 Jahren sind vom Unterrichtshonorar befreit.

Besammlungsstunden für Mittwoch. Markteller, Pader, Remonten um. Abends 9 Uhr Bräutigam-Vorlesung in den Reichshäusern. Rägelin-Brautwäg. Abends 8½ Uhr öffentlicher Vortrag im Köhlerhof in Wülzig. Gemeindevorsteher von Treben, den Amtshauptmannschaften Treben-N. und Dresden-N. Abends 8 Uhr Verammlung im Volkshaus.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Bestrafte Amut. In Niederlößnitz besteht ein Schulvorstandsbeschuß, wonach den Kindern nicht gestattet ist, die Schule in beliebigen Stunden zu besuchen. Ausnahmen darf nur der Direktor zulassen, in solchen Fällen haben aber die Kinder die Parentoffen an der Tür stehen zu lassen und sich in Strümpfen auf ihren Platz zu begeben. Mit diesem Beschuß indirekt in Konflikt gekommen war der Dekorationsmaler E. Er ist Vater von sieben Kindern, war lang arbeitslos und dazu sind auch zwei seiner Kinder am Schmalhieser krank gelegen. Nach deren Genesung ging Frau E. zum Direktor und bat um die Genehmigung, die beiden Kinder in Parentoffen zur Schule schicken zu dürfen, da es der Familie sehr nicht möglich sei, Schuhter zu beschaffen. Der Direktor hat die Erlaubnis und der Mutter noch extra den guten Rat, den Kindern je zwei Paar Strümpfe anzuschaffen. Diesen Rat konnten die Leute nicht befolgen, weil sie nicht soviel Strümpfe hatten. Am Sonntag den 16. Dezember waren die Kinder während der Freizeitstunden nach Hause gegangen, ohne dem Lehrer etwas zu sagen. Sie haben es vor Mitternacht an den Füßen nicht mehr ausgehalten können. Am andern Tage, von dem Lehrer nach dem Grunde ihres Fortlaufens befragt, gaben sie zur Antwort: der Vater habe ihnen gesagt, wenn sie die Parentoffen an der Tür stehen lassen müßten und dann in den Strümpfen sitzen, sollen sie zu Hause kommen. Nun erfolgte Anzeige beim Schulvorstand und die Folge war eine Strafvorgabe an E. in Höhe von 10 M. Hiergegen ist antrag E. gerichtliche Entschädigung. Das Schöffengericht erweist auf eine Geldstrafe von 5 M. In der Begründung heißt es: Die „Auslieferung“ gegen solche Bestimmungen verdienen „die höchste Verurteilung“. Nur in Anbetracht des Umstandes, daß E. sehr arm und Vater von 7 Kindern ist, habe das Gericht die Geldstrafe herabgesetzt. — Es gibt doch noch Richter. —

Eine Reiterin entwickelte sich eines Sonntags nachts am Festplatz. Der 30jährige Schlosser Johann Max Wittich und der 20jährige Marktschreiber Möbius gingen mit ihren Frauen von einem Vergnügungsort nach Hause. Das Wittichsche Ehepaar hatte seinen kleinen Hund noch einmal aus der Wohnung, um ihn ein Weischen auszugeben. Da kamen die drei Studenten der Reiter- und Hohenhochschule Johannes Karl Grähl, Hugo Kurt Schlegel und Emil Kurt Engel. Grähl schlug mit der Zunge seines Spiegels Hecks auf die Reiterin, daß die Funken stoben, dadurch riß er den Hund, der nun unausgesetzt bellte, und Grähl in die Höhe fuhr. Grähl soll den Hund geschlagen haben. Das verbot W. und drohte G. an, ihm ein Paar „Flammen“ zu geben. Da soll G. mit dem Stof nach W. geschlagen haben. W. nahm dem Studenten den Stof weg, zerbrach ihn und gab Grähl einige Ohrfeigen. Nun mangelten sich die anderen beiden Studenten hinein, deren Seite W. auch zerbrach und wegwarf. Als aus allen Werten ein Aufruhr geworden war, mangelte sich Möbius hinein und brachte die Gesellschaft wieder auseinander. Währenddessen hatten sich viel Menschen am Platze versammelt. Wittich erhielt 2 Monate Gefängnis wegen Körperverletzung, die anderen drei Angeklagten wurden freigesprochen.

17. Sitzung. Für die Parnahme gingen, beim Gemeindevorstand bis 16. Januar ein: Quartett des Männer-Vergnügungsvorstandes anlässlich der Weibendichter des Arbeiter-Vergnügungsvorstandes Straße 4. — D. S. 1. — Billardklub Wolke Restaurant, Wilmbergstraße 3. — Veronal des Konsumvereins Wilmberg (Anteil 12. —) Lager- und Kohlenverteilung 43,55; Wäckerli 38. —) 93,55. R. Schuler 2,10. Silvester Annaburger Hof, Falkenstraße 2. — Herbst 1,50. Prof. Dr. Lieben G. ... Kameraden 2. — Männer-Vergnügungsvorstand Wilmberg 15. — Sporblatt Gemälde seit Kofferfabrik Elvold 1,55. Postk. Wilmberg-Gut 2,70. Landverwalter 50. B. St. Wilmberg 1. — Hermann Wolf durch Levinsohn 2. — Robert Fildner, Elvold 1,50. — Bergarbeiter Abend, Restaurant Gruber, Wilmbergstraße 1,50. — Christbaumverkauf Gendarmenstr. 2,50. Deutscher Metallarbeiterverband 1,50. — Freie Sänger, Niederlößnitz 10. — Arbeiter der Dorfgemeinschaft Müller 2,50. Arbeiterklub von R. H. Seibert, Wilmberg und Jungfernhöhe 20,42. Jugendverband der Parnahme und Arbeiterinnen, Dresden 75. — Arbeiter-Maschinenklub, Niederlößnitz 1,50. — Wäckerli der Arbeiter-Vergnügungsvorstand 9,50. Kameraden 1,50. S. R. Wäckerli 1,50. Freie Reiter Freie Sänger, Wilmberg 2,50. Wilmberg-Vergnügungsvorstand des Männerverbandes, 1. April 0,50. Für Kundentheilung im Arbeiterklub 50. —) 427,18. Ernst Dietrich.

[Marginal notes and small advertisements on the right edge of the page, including mentions of 'Der ...', 'Die ...', and 'Berg ...']

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, 18. Januar.

Erster Verhandlungstag.

Am Auftrage des Reichsausschusses der Tabakarbeiter Deutschlands eröffnete Kollege Goerner den Kongress mit einem Rückblick auf die Entwicklung der Tabakindustrie.

Redner freut die Pläne, die die Regierung seit dem Jahre 1879 mit dem Tabak verfertigt hat, und daß nur der energische Protest der Tabakarbeiter bisher verhindert habe, daß dem Tabak größere Belastung zugebilligt wurde.

Hierauf wird die Wahl des Bureau's vorgenommen; dasselbe wird aus allen Verufen, die mit der Tabakindustrie verknüpft sind, zusammengesetzt. Nachdem die weiteren Formalitäten erledigt sind, erhält Genosse v. Ein das Wort zu seinem Vortrage: Die Verknüpfung der Tabakindustrie mit den anderen Industriezweigen der Reichsregierung ist seit dem Jahre 1879 in der zur Annahme empfohlenen Resolution niedergelegt:

Zur in Berlin im Gewerkschaftshause tagende Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands und der in den Hilfsindustrien der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter erblickt in der von der Regierung vorgeschlagenen Tabaksteuerbelastung eine schwere Schädigung der gesamten Industrie. Nach den Erfahrungen in anderen Ländern hat dort die Vandalensteuer die Entwicklung der Industrie gehemmt; in England sind von einer Zigarrenindustrie überhaupt kaum bemerkenswerte Erfolge zu berichten; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Industrie in ihrer Entwicklung gegenüber Deutschland um circa 30 Prozent zurückgeblieben.

Genau wie nach der Zollerhebung von 1879 würden wiederum zehntausende von Arbeitern heillos gemacht werden; die im Arbeit verbleibenden Arbeiter müßten bei vermindelter Arbeitszeit arbeiten und können sich eines Beschränkten, der durch das enorme Angebot von Arbeitslosen begünstigt würde, nicht erwehren.

Trotz der besprochenen Zukunft sei es durchaus nicht sicher, ob der Reichstag nicht doch in eine höhere Verzehrung des Tabaks zwingt. Redner kritisiert sodann die Stellung der verschiedenen Parteien zum Tabaksteuerungsprojekt.



Dampfer 'Thor'

hat um Helgoland herum vorzügliche Fänge gefischt! Besonders empfehlenswert ist

- Kabljan Pfd. 28
Seelachs, n. gross Pfd. 28
Kabljan, n. gross Pfd. 28
Tafelkarpfen, hochfein Pfd. 70
grosse grüne Heringe

Produktengeschäft mit Schweineschlächtereirei
Kühnlich erweisen habe. Es wird mein eifrigstes Verlangen sein, jederzeit mit guter frischer Ware aufzutreten und bitte ich, wenn junges Unternehmen richtig beschreiben zu wollen.

Herrn-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
E. Köhler, Am Eise 13.

Zöpfe, Unterlagen
Richard Heger, Friseur
Friedenstraße 22. (I. links) Am Eise

Krimborn in Berlin hat diese Worte zu einer Deputation der Arbeiter gesprochen. Daraus ergibt man, was vom Zentrum zu erwarten ist. Verlag in dieser Frage ist nur auf die Sozialdemokratie und die Polen; diese haben Fluss und klar erklärt, daß sie gegen jede Besteuerung des Tabaks stimmen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In der Versammlung, in der der Streik in den Streifenwerken in Mannheim beendet wurde, ist auch ein Telegramm aus Dresden verlesen worden, in dem mitgeteilt wird, daß in Wilschdorf bei der Firma Busch u. Gebelwitz für die Streifenwerke Streikarbeit gemacht wird, infolge schlechter Organisation aber dagegen nicht unterzogen werden kann.

Wilschdorfverba gehört zur Vertrauensstelle Dresden. Unser heutiger Vertrauensmann Bergmann teilte mit telefonisch mit, daß bei Wilschdorf u. Gebelwitz Streikarbeit gemacht wird und fänden Besprechungen, Regulierungsmittel u. in Betracht. Ich habe sofort in Mannheim telephonisch angefragt, ob diese Arbeit Streikarbeit sein könnte, und wurde dies mit ja beantwortet.

Dies zur Steuer der Wahrheit. Ich habe allerdings angenommen, daß die beiden Kollegen aus Mannheim diese Angelegenheit ebenso schnell öffentlich richtigstellen würden, als wie sie zur Klarstellung nach Wilschdorfverba gerufen sind, besonders da die Sache bekannt werden ist, unsere Organisation auf das Schwerste zu verletzenden.

Metaarbeitenverband
Verwaltungsstelle Dresden und Umgebung.
Brieder, Böller, Gebellmächtigster.
Eine Arbeitslosenversammlung

Die Restbestände des
aufgehobenen, herabgesetzten
Preisen total geräumt werden.
Bei Einkäufen von 5 M. an
10 Proz. Rabatt extra.
Ca. 5000 Mtr.
Reste!

von schwarzen u. farbigen
Kleiderstoffen.
Reste für Confermanden-Kleider
von 5 M. an.
Ferner gelangen zum Verkauf:
Sammetreste, Cardinen und
Vitragereste, Stores
Wollzeugreste, fert. Kostümstücke
Hutreste, Schürzen, Damen-
wäsche, Herrenhemden, Hand-
tücher und Taschentücher zu
einem billigen Preise.
3000 Meter Barchent-Reste
Blusen-Vordächer, Hemden-
Vordächer, usw. usw. usw.
Fabriklag. Guss-Gewerbe-Weidestraße
10, I Serrestrasse 10, 1.



Seelig's
caffeinefreier
kandierter
Korn-Kaffee
Paul Boek, Dresden-N., Jordanstr. 4
Telephon 6436.

Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Zur Bekämpfung der Not Arbeitslosen bewilligte der Stadtrat in Mainz 10 000 M.
Nach dem Berichte des Arbeitsamtes der Stadt Straßburg betrug die Zahl der am Schlusse des Monats Dezember zu Reichslandarbeiten vorgemeldeten Leute 1274, davon 819 ledige. Zu dieser Zeit wurden bei den Reichslandarbeiten beschäftigt sämtliche Reichslandarbeiter und etwa die Hälfte der ledigen.

Das Gewerkschaftskomitee in Cottbus nahm am Sonntag den 10. Januar eine Arbeitslosenabzählung vor. Es wurden gezählt 401 Arbeitslose; dabei wird aber bemerkt, daß eine Anzahl Strömer und Blöße bei der Abzählung übergangen wurde, wodurch sich die Zahl der Arbeitslosen schätzungsweise um 150 bis 200 erhöht.

Die Unglücksfälle
macht wieder einmal auf sich reden. Den überlebenden Bergleuten die zum Teil auf Raddobn zuricht mit den Sumpfungarbeiten beschäftigt sind, wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Arbeitszeit um 1 Stunde verlängert, und der Tagelohn dafür um 1 M. gekürzt werde.

Briefkasten.
R. Kühnigbrück. Wenden Sie sich mit allen Fragen über den Arbeiter-Sonntags Hermann Richter, Dresden-N., Schülrich Straße 2, L.

Kofeke
Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.

Inventur-
Ausverkauf!
Die Restbestände des
aufgehobenen, herabgesetzten
Preisen total geräumt werden.
Bei Einkäufen von 5 M. an
10 Proz. Rabatt extra.
Ca. 5000 Mtr.
Reste!

Richard Brandt's
Schweizerpillen
Das nebenstehende Bildchen der schweizerischen
Schweizerpillen
in 12 Stücken des schweizerischen
Vaterlandes in 10 100 gr.
Schweizerpillen
in 12 Stücken des schweizerischen
Vaterlandes in 10 100 gr.

Gute getragene
Herren- u. Damenkleider
Schuhwaren laufen Sie am
billigsten nur im
1. Dresdener Spezial-Kleidermagazin
Töbnerstraße 1, 1. Etage.

Imperial-
Kino
Moritzstr. 3.
Das Erdbeben
in Süditalien.

Seelig's
caffeinefreier
kandierter
Korn-Kaffee
Paul Boek, Dresden-N., Jordanstr. 4
Telephon 6436.

Caros Rache
Dauer. Spekt.
Kunstmilch ersten Ranges.
Die Köcher des Schinkenwirts.
Dramen, spannendes Drama.
Die schwarze des H. Schmittgen.
Rächter, dargest. hochd. Bild.

Imperial-
Kino
Moritzstr. 3.
Das Erdbeben
in Süditalien.
Der vergaubezte Ring.
Derlich feler. Zaubermächten.
Eine Krebstädte in Nordafrika.
Hochinteressante Vorlesung.
Der Affenmensch.
Frei nach Darwin.
Caros Rache
Dauer. Spekt.
Kunstmilch ersten Ranges.
Die Köcher des Schinkenwirts.
Dramen, spannendes Drama.
Die schwarze des H. Schmittgen.
Rächter, dargest. hochd. Bild.
Plattener (Lugand).
Wunder. pl. M. M. M. M. M.
Tonbild (Duen).
Ich leh die Mutter dort.

Leben = Wissen = Kunft

Die geistliche Arbeit

Die geistliche Arbeit besteht aus einer Reihe von verschiedenen Tätigkeiten, die in der Kirche ausgeübt werden. Diese Tätigkeiten sind: Predigen, Lehren, Seelsorge, Verwaltung, Musik, Kunst, Wissenschaft, Literatur, etc. Die geistliche Arbeit ist eine sehr wichtige Aufgabe, die in der Kirche ausgeübt werden muss. Sie ist eine Aufgabe, die in der Kirche ausgeübt werden muss. Sie ist eine Aufgabe, die in der Kirche ausgeübt werden muss.

Das Bewusstsein des Schicksals

Das Bewusstsein des Schicksals ist ein sehr wichtiges Element in der menschlichen Existenz. Es ist ein Bewusstsein, das die Menschen dazu bringt, ihre Handlungen zu reflektieren und die Konsequenzen ihrer Handlungen zu verstehen. Das Bewusstsein des Schicksals ist ein Bewusstsein, das die Menschen dazu bringt, ihre Handlungen zu reflektieren und die Konsequenzen ihrer Handlungen zu verstehen.

Tagelöhner

Die Tagelöhner sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen.

Stets Mittelungen

Die Stets Mittelungen sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen.

Geleitfunde

Die Geleitfunde sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen.

Dresdner Kalender

Der Dresdner Kalender ist ein Kalender, der die Ereignisse des Jahres 1909 enthält. Er enthält die Ereignisse des Jahres 1909. Er enthält die Ereignisse des Jahres 1909.

Rechtliche Beschlüsse

Die rechtlichen Beschlüsse sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen.

VVK

Die VVK sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen. Sie sind eine Gruppe von Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre tägliche Arbeit verdienen.

Wen der Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Die Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Die Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Die Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Die Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Die Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Die Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Die Schwerkraft

Die Schwerkraft ist eine der wichtigsten Kräfte in der Natur. Sie ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen. Die Schwerkraft ist eine Kraft, die die Erde zusammenhält und die Menschen dazu bringt, auf der Erde zu stehen.

Herden und Hirtenstufen ging eine erhöhte Aufmerksamkeit aus. Jetzt wurde er auch an den Sonntagmorgens eingeleitet, und er bestaunte den herrlichen Anblick...

„Was lobst du die Welt?“ rief Natalie ihm zu, wenn er stöhnend mit dem Mädchen die Treppe herabkam, und auch sie erwiderte unter ihrem weichen Blick, der doch...

„No 's no list.“ rief Natalie ihm zu, wenn er stöhnend mit dem Mädchen die Treppe herabkam, und auch sie erwiderte unter ihrem weichen Blick, der doch...

„Was lobst du die Welt?“ rief Natalie ihm zu, wenn er stöhnend mit dem Mädchen die Treppe herabkam, und auch sie erwiderte unter ihrem weichen Blick, der doch...

„Deine Antwort hat keine Idee hervorgebracht.“ rief Natalie ihm zu, wenn er stöhnend mit dem Mädchen die Treppe herabkam, und auch sie erwiderte unter ihrem weichen Blick, der doch...

Umschau

Die vergangene Woche haben wieder zwei Malerinnen, die sich in diesen Tagen besonders reich besetzt gezeigt, und wieder...

„Wildebeute Rinde“ und „Ruthenbilder“ sind die Titel der beiden neuesten Werke der Künstlerinnen...

„Wildebeute Rinde“ ist ein Werk, das die Künstlerin in der Natur beobachtet hat, und es ist ein Werk, das die Natur in der Kunst wiederzugeben sucht...

„Ruthenbilder“ sind eine Serie von Bildern, die die Künstlerin in der Natur beobachtet hat, und es ist ein Werk, das die Natur in der Kunst wiederzugeben sucht...

Die beiden Werke sind in der Ausstellung zu sehen, und es ist ein Werk, das die Natur in der Kunst wiederzugeben sucht...